

Zur Bedeutung von Gewerkschaftsstrukturen und *Framing*-Prozessen für Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber Rechtspopulismus in Schweden

Eine Empirische Analyse der Positionierung der schwedischen Gewerkschaften *Transport*
und *Unionen* gegenüber der rechtspopulistischen Partei *Sverigedemokraterna*
zwischen 2005 und 2014

Schriftliche Arbeit zur Erlangung des Akademischen Grades *Bachelor of Arts* an der wirtschafts-
und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen

vorgelegt bei:

Eberhard Karls Universität Tübingen
Institut für Politikwissenschaften
Prof. Hans-Jürgen Bieling
Melanchthonstr. 36
72074 Tübingen

vorgelegt von:

Corinna Hillebrand-Brem

B.A. Politikwissenschaften (HF)/Philosophie (NF)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber Rechtspopulismus	2
2.1	Theoretische Grundlagen von Gewerkschaftsentscheidungen	2
2.1.1	Labour Revitalization Studies	2
2.1.2	Social Movement Studies und Framing-Prozesse	4
2.1.3	Modell für Gewerkschaftsentscheidungen	6
2.2	Annäherung an den Begriff des Rechtspopulismus in Schweden	10
2.2.1	Begriff des Rechtspopulismus	10
2.2.2	Die SD als RRP-Partei	12
2.2.3	Herausforderung für Gewerkschaften	14
3	Empirische Datenerhebung und Fallbeschreibung	15
3.1	Erhebung und Auswertung der Daten	16
3.2	Fallauswahl und Fallbeschreibung	17
3.2.1	Svenska Transportarbetareförbundet (Transport)	17
3.2.2	Unionen	18
4	Gewerkschaftsentscheidungen von Transport und Unionen gegenüber der SD auf Basis der empirischen Daten	18
4.1	Sozialer und ökonomischer Wandel	18
4.2	Institutioneller Kontext industrieller Beziehungen	20
4.3	Strategien von anderen Akteuren	22
4.4	Gewerkschaftsstrukturen	25
4.5	Framing-Prozesse	27
4.6	Outcome: Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber der SD	29
5	Fazit und Ausblick	31

Abkürzungsverzeichnis:

DN	Dagens Nyheter
FrP	Nynorsk Framstegspartiet
LO	Landesorganisationen i Sverige
LRS	Labour Revitalisation Studies
PVV	Partij voor de Vrijheid
RRP-Partei	Rechtsradikale populistische Partei
Saco	Sveriges akademikers centralorganisation
SAP	Sveriges socialdemokratiska arbetarepartiet
SD	Sverigedemokraterna
TCO	Tjänstemännens Centralorganisation

Abbildungsverzeichnis:

<i>Abb. 1: Modell von Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber Rechtspopulismus</i>	<i>7</i>
<i>Tab. 1: Operationalisierung der Untersuchungsvariablen</i>	<i>10</i>
<i>Tab. 2: Die SD als RRP-Partei</i>	<i>13</i>
<i>Tab. 3: Mitgliederzahlen der Gewerkschaften 2009-2013</i>	<i>21</i>
<i>Tab. 4: Übersicht über die empirischen Ergebnisse der Untersuchungsvariablen</i>	<i>31</i>

1 Einleitung

Innerhalb des letzten Jahrzehnts zogen europaweit rechtspopulistische Parteien in die nationalen Parlamente ein, so wie die Partei für die Freiheit (PVV) in den Niederlanden, die norwegische Fortschrittspartei (FrP) und die dänische Volkspartei (vgl. Bolldorf 2012). Lange Zeit galt Schweden dabei als Ausnahme, doch im Jahr 2010 konnte auch die rechtspopulistische Partei *Sverigedemokraterna* (SD) erstmals Abgeordnete in den schwedischen Reichstag entsenden. Vier Jahre später erzielte die Partei in der Parlamentswahl 2014 sogar 12,9 % und ist damit gegenwärtig die drittstärkste politische Kraft des Landes. Die Partei spricht sich für eine strengere Migrationspolitik aus und gilt als fremden- und islamfeindlich (vgl. Bauer 2010). Der Aufstieg des Rechtspopulismus wird in der schwedischen Öffentlichkeit wie auch in ganz Europa stark diskutiert und viele politische Akteure sind sich uneinig, wie sie mit den neuen Akteuren umgehen sollen, darunter auch die Gewerkschaften. Eine aktuelle Erhebung der schwedischen Tageszeitung *Dagens Nyheter* (DN) hat gezeigt: Zahlreiche schwedische Gewerkschaften haben inzwischen aktive Mitglieder der rechtspopulistischen Partei SD aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, während andere sich nicht parteipolitisch positionieren wollen (vgl. Delin 2014). Vor diesem Hintergrund wird die Fragestellung bearbeitet: Wie unterscheiden sich die Reaktionen schwedischer Gewerkschaften auf die rechtspopulistische Partei *Sverigedemokraterna* (SD) und wie lassen sich die Unterschiede erklären? Um diese Frage zu beantworten wurden stellvertretend die beiden Gewerkschaften *Transportarbetareförbundet* (*Transport*) und *Unionen* anhand leitfadengestützter Experteninterviews und einer Dokumentenanalyse untersucht.

Spontan verblüfft die Tatsache, dass in der Gewerkschaft *Transport*, die sich gegen die SD positioniert hat, rund 20 % der Mitglieder die SD wählen (vgl. Nilsson 2013), während es in der Gewerkschaft *Unionen*, die sich nicht positioniert hat, nur 6 % sind (vgl. Rennstam 2014). Ein linearer Zusammenhang zwischen Mitgliederstruktur und Gewerkschaftsstrategie scheint daher nicht zulässig, sowie der intranationale Unterschied auch nicht durch sozioökonomische oder institutionelle Rahmenbedingungen hinreichend erklärt werden kann. Die These dieser Arbeit ist daher, dass vor allem Gewerkschaftsstrukturen und *Framing*-Prozesse die Gewerkschaftsentscheidungen erklären. Theoretischer Ausgangspunkt des Analyserasters sind die *Labour Revitalization Studies*, die mit Anregungen aus den *Social Movement Studies* zu einem Erklärungsmodell zusammengeführt wurden. Diese Perspektive ermöglicht es, auf die Bedeutung von Gewerkschaftsstrukturen und *Framing*-Prozessen für Gewerkschaftshandeln einzugehen, die in einer von institutionellen Ansätzen dominierten Forschungsliteratur bislang vernachlässigt werden. Die empirisch-analytische Arbeit stützt sich auf Experteninterviews, Presseerzeugnisse, bestehende Forschungsliteratur und Publikationen der Gewerkschaften. Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich auf die Jahre 2005 – bevor die

Gewerkschaft *Transport* sich erstmals positioniert hat – bis zum Jahr 2014, in dem die Positionen beider Gewerkschaften aufgrund einer verstärkten medialen Debatte erneut diskutiert wurden. Angesichts des Untersuchungszeitraums kann gleichzeitig gezeigt werden, dass die heutige Zugehörigkeit der SD zum schwedischen Parlament ab 2010 im Vergleich zu ihrem außerparlamentarischen Status zuvor nichts an der Haltung der Gewerkschaften verändert hat.

Eingangs befaße ich mich mit dem theoretischen Zugriff für Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber Rechtspopulismus. Dafür wird das verwendete Erklärungsmodell von Gewerkschaftsentscheidungen hergeleitet und anschließend gezeigt, welche spezifische Herausforderung das Phänomen des Rechtspopulismus an Gewerkschaften in Schweden stellt. Der darauffolgende dritte Teil erläutert die empirische Datenerhebung und liefert kurze Fallbeschreibungen über die Entscheidungen der Gewerkschaften *Transport* und *Unionen* gegenüber der SD. Im vierten Abschnitt werden die Entscheidungen der beiden Gewerkschaften mit Hilfe des eingangs hergeleiteten Analyserasters untersucht. Abschließend werden die Ergebnisse in ein Fazit überführt und perspektivisch reflektiert, welchen Einfluss die Gewerkschaftsentscheidungen im Umgang mit der SD auf deren Gewerkschaftsmacht haben.

2 Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber Rechtspopulismus

2.1 Theoretische Grundlagen von Gewerkschaftsentscheidungen

Um die Reaktionen politischer Akteure gegenüber rechtspopulistischen Parteien auszuloten, werden in der Literatur oft strategisch rationalistische Ansätze herangezogen (vgl. Bale 2003; Bale et al. 2010; 2012; Kiiskinen/Saveljeff 2010; Meguid 2008), die allerdings oft dazu tendieren, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, politökonomische Kontextbedingungen und diskursive Mechanismen zu vernachlässigen. Ein institutionalistischer Zugriff (vgl. Krings 2009; Baccaro et al. 2003) mündet hingegen oft in einer Überbetonung rechtlicher Rahmenbedingungen und einem gewerkschaftlichen Fatalismus. Diesem Versäumnis widmen sich die sogenannten *Labour Revitalization Studies* (LRS), die den Handlungsspielraum von Gewerkschaften im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ausloten.

2.1.1 Labour Revitalization Studies

In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Europa und weltweit viel über die veränderte gesellschaftliche Rolle und Zukunftsfähigkeit von Gewerkschaften geforscht. Während manche die wirtschaftliche Krise als Ausdruck der Bestandsfähigkeit gewerkschaftlicher Mitbestimmung deuteten

(vgl. Müller-Jentsch 2011), verwiesen kritische Stimmen auf die strukturelle Übermacht neuer Herausforderungen wie ansteigende Finanzialisierung (vgl. Krippner 2011), Globalisierung und die zunehmende „Landnahme durch den Markt“ (Streeck 2013: 16), die allesamt Einbußen gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten bedeuten (vgl. Dörre/Schmalz 2013: 13ff).

Dieser Pessimismus und diagnostizierte Systemzwang herrschte lange in der deutschsprachigen Debatte vor, ehe sich unter anderem ein Arbeitskreis um Klaus Dörre zusammenfand, um die lebendige englischsprachige Debatte über gewerkschaftliche Erneuerung (vgl. u.a. Baccaro et al. 2003; Frege/Kelly 2003; 2004) auch in Europa und Deutschland zu beleben (Brinkmann et al. 2008). Eine Grundannahme der Diskussion um gewerkschaftliche Erneuerung ist, dass Gewerkschaften grundsätzlich Entscheidungsfreiheit darüber haben, wie sie auf eine sich veränderte Umwelt reagieren. Denn auch die Grundannahme der kritischen Theorie ist, „dass Strukturen immer auch das Ergebnis von kollektivem Handeln und damit historisch veränderbar sind“ (Bohle 2006: 200). Um dem Gewerkschaftsdeterminismus zu begegnen, wurde in diesem Zusammenhang bereits in den 80er-Jahren der Begriff der „strategic choice“ in die Forschungsliteratur eingeführt (Kochan et al. 1986) und von *political* oder *strategic unionism* gesprochen, um zu erfassen, wie Gewerkschaftsbewegungen politische Projekte mitgestalten (u.a. Higgins 1985; Dörre 2014). Die Gewerkschaften erscheinen aus diesem Blickwinkel darum nicht ausschließlich von ökonomischen Interessen geleitet, sondern sie entwickeln übergeordnete Ziele und Wertevorstellungen (vgl. Higgins 1996: 167). Zugleich haben sich vielerorts die traditionellen Bande zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien sowie religiösen Verbänden gelöst, Pasture (1996: 380) identifiziert ein „ideological blurring“. Sowohl ehemals christliche als auch kommunistische Verbände haben sich der Sozialdemokratie angenähert, wobei zugleich immer unklarer wurde, wofür das Prinzip der Sozialdemokratie stehen sollte (vgl. Gumbrell-McCormick/Hyman 2014: 137). Diese „crisis of social-democratic trade unionism“ (Upchurch et al. 2008) mündete in einer ideologischen Disorientierung der Gewerkschaften.

Wer von der Fähigkeit spricht, strategische Entscheidungen treffen zu können, muss sich fragen, wie dieses Handlungsvermögen begründet werden kann. Der Arbeitskreis um Klaus Dörre verweist dazu auf die Wechselwirkung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die die Handlungsoptionen der Gewerkschaften strukturieren. Der sogenannten Jenaer Machtressourcenansatz (vgl. Schmalz/Dörre 2014) versteht Gewerkschaftsmacht als abgeleitete Macht, nämlich Lohnabhängigenmacht. Diese Forschungsheuristik beschreibt ArbeiterInnenmacht als nicht-dominante Macht (im Vergleich zur Kapitalmacht), die sich als politische, ökonomische oder ideologische Macht konstituiert (vgl. Dörre/Schmalz 2013: 13ff), was sich an Michael Manns grundlegender Typologie von Machtformen orientiert (vgl. Mann 1994). In Bezug auf Gewerkschaften bedeutet das konkret,

dass zwischen struktureller, organisatorischer, institutioneller und gesellschaftlicher Macht unterschieden wird, wobei letztere wiederum aus Kooperationsmacht und Diskursmacht besteht (vgl. Huke/Tietje 2014: 374). Dadurch wird auch die Heterogenität von Gewerkschaften erklärt, die sich jeweils aus spezifischen Quellen und Kombinationen sozialer Macht zusammensetzen (vgl. Dörre/Schmalz 2013: 17). Mithilfe des Machtressourcenansatzes lassen sich daher die gesellschaftlichen und politischen Spannungsverhältnisse fassen, in die Gewerkschaftshandeln eingebettet ist. Konkret beschäftigen sich Studien der LRS beispielweise damit, wie die Umstrukturierung von Gewerkschaften auf die sektorale Verhandlungsposition zurückwirkt, welches Revitalisierungspotential für Gewerkschaften durch Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen und Gruppierungen freigesetzt werden kann und wie die Gewerkschaft am Arbeitsplatz durch größere Mitgliederpartizipation gestärkt werden kann (vgl. u.a. Baccaro et al. 2003; Cornfield/McCammon 2003; Fairbrother/Yates 2003; Frege/Kelly 2004; Lévesque et al. 2005: 401f). All diesen Untersuchungen geht zunächst eine Problemdefinition der Gewerkschaften voraus. Während sich einige quantitativ orientierte Ansätze auf Indikatoren wie sinkende Mitgliederzahlen oder die Reichweite von Tarifverträgen konzentrieren, schlagen Frege und Kelly (2003: 8f) ein erweitertes Problemverständnis vor. Unter anderem sind weitere Probleme für Gewerkschaften Schwierigkeiten bei der Interessensdefinition, der Zerfall von Mechanismen der Interessensrepräsentation, sinkende Mobilisierungsfähigkeit und schwindende Machtressourcen. Revitalisierungsstrategien sind Versuche, mit diesen Problemen umzugehen und sie zu beseitigen.

Zusammenfassend können aus den *Labour Revitalization Studies* für diese Arbeit folgende wichtige Anregungen gewonnen werden: Erstens das Verständnis von Gewerkschaften als handlungsfähige und politische Akteure, zweitens die Einbettung in ein sozioökonomisches Gefüge, das in den letzten Jahren starke Veränderungen erfahren hat. Und drittens die Bedeutung der Frage, ob die SD als Problem von Gewerkschaften wahrgenommen wird, wodurch neue Handlungsformen erforderlich erscheinen.

2.1.2 Social Movement Studies und Framing-Prozesse

Während damit einerseits gezeigt wurde, dass der institutionelle und sozioökonomische Kontext nicht allein ausschlaggebend für Entscheidungen von Gewerkschaften gelten kann, stellt sich die Frage, welche Faktoren intranationale Unterschiede verursachen können. Viele Untersuchungen haben gezeigt, dass mitunter die Wahrnehmung, Verarbeitung und Übersetzung der externen Bestimmungsfaktoren Unterschiede herbeiführen (vgl. u.a. Flecker 2007). Auch Kelly und Frege (2003), deren Erklärungsmodell als Ausgangspunkt dieser Arbeit dient, verweisen in diesem Zusammenhang auf ein klassisches Modell der *social movement studies* von McAdam, Tarrow und Tilly (2001). McAdam et al. (2001) hatten seinerzeit die Bereichsbildung in der Forschung kritisiert,

nämlich dass die Erforschung sozialer Bewegungen, Streikformen, Krieg oder politischer Parteien isoliert stattfindet, obgleich sie alle als „Systeme politischer Interessensvermittlung“ (Rucht 1991) ebenso zusammenhängend und vergleichend untersucht werden sollten. Daher haben McAdam et al. (2001) versucht, kausale Mechanismen zu extrahieren, die für möglichst viele dieser Phänomene zutreffen. Ihr Modell identifiziert die Interdependenz mehrerer Einflussfaktoren, wie den sozialen Wandel, politische Gelegenheitsstrukturen, Mobilisierungsstrukturen, das Handlungsrepertoire, die Konfliktfähigkeit und *Framing*-Prozesse. Wie auch Kelly und Frege (2003) gezeigt haben, sind von diesen Faktoren für die Untersuchung gewerkschaftlicher Erneuerung vor allem kollektive *Framing*-Prozesse (*collective action frames*) und das bisherige Handlungsrepertoire (*repertoires of contention*) der ArbeiterInnenbewegung relevant.

Der Begründer des sozio-kognitiven Konzepts der *Framing Theory*, Erving Goffmann (1974), versteht unter *Framing* „schemata of interpretation that assist individuals in locating, identifying, receiving and labelling occurrences“ (ebd.: 21). Die individuellen *Framing*-Prozesse sind gleichzeitig Interpretationsschemata, die auch in kollektive Muster übersetzt werden können. Die sogenannten *collective action frames* sind „sets of beliefs and meaning that legitimize the activism of social movements and inspire its campaigning“ (Benford 1993: 199). Die individuellen Interpretationen können also in gemeinsame Deutungsmuster transformiert werden, die das gewerkschaftliche Handeln legitimieren und strukturieren. Vorrangig werden diese Deutungsmuster durch Sprechakte entwickelt, die vorher unzusammenhängende Ereignisse zu einem kohärenten Weltbild zusammenfügen, wobei bestimmten Ereignissen eine besondere Bedeutung zugeschrieben wird (vgl. Tsarouhas 2011). Zugleich spielt die Pfadabhängigkeit (Pierson 2000) der Gewerkschaft eine große Rolle, das heißt, dass bewährte Handlungsmuster auf neue Herausforderungen übertragen werden (vgl. Frank 2009). So formuliert Hyman (1996) beispielsweise, dass „eine konfliktbereite Gewerkschaft eine Kultur des Gegensatzes zu erzeugen [vermag]; von einer auf Zusammenarbeit bedachten Gewerkschaft wird man das Gegenteil erwarten“ (ebd.: 10).

McAdam et al. (2001) sowie Kelly und Frege (2003) verweisen ausdrücklich auf die Wechselwirkung zwischen *Framing*-Prozessen und der kollektiven Identität einer sozialen Bewegung. Eine kollektive Identität ist grundsätzlich „an individual’s cognitive, moral, and emotional connection with a broader community, category, practice, or institution“ (Polletta/Jaspers 2001: 285). Um die spezifische Identität einer ArbeiterInnenbewegung zu erfassen, sind aber auch deren materielle Grundlagen und bisherige Handlungspraxen von Belang. Deutlicher werden diese Punkte unter Hymans Ideologiebegriff, nämlich als ein „System von Vorstellungen, Glaubensgrundsätzen und Bestrebungen, die sowohl die materiellen Rahmenbedingungen sozialer Gruppen oder Klassen reflektieren als auch deren Handlungen leiten, definieren“ (Hyman 1996: 8). Ausgehend von diesem

Identitätsbegriff entwickelt Hyman drei idealtypische Gewerkschaftsorientierungen: Die Orientierung an Klasse, Markt oder Gesellschaft. Die jeweilige Orientierung hat einen Einfluss darauf, wie Gewerkschaften bestimmte Situationen und Bedrohungen wahrnehmen. Durch die Klärung der Gewerkschaftsorientierung bzw. –identität kann also in einem zweiten Schritt darauf geschlossen werden, wie diese Identität die *Framing*-Prozesse der Gewerkschaft bestimmt. Lévesque et al. (2005: 403) verweisen weiterführend darauf, dass die Genese einer homogenen Gewerkschaftsidentität neuerdings durch zunehmend unterschiedliche Arbeitsformen erschwert wird. Gleichwohl bedeutet das auch für Gewerkschaften eine neue Dringlichkeit, interne Solidarität durch gemeinsam entwickelte Deutungsmuster herzustellen, um dem inneren Zerfall der Gewerkschaft entgegenzuwirken. Gewerkschaftsidentität kann in Anknüpfung an den Machtressourcenansatz daher als eine normative Machtressource verstanden werden, die auch auf Organisationsmacht und strukturelle Macht zurückwirkt. Gewerkschaften agieren nicht nur als „mere insurance companies“ (Gumbrell-McCormick/Hyman 2014: 152), sondern verfolgen ursprünglich das Ziel eines sozialen Ausgleichs, nämlich die Korrektur der asymmetrischen Austauschbeziehungen (vgl. Dörre/Schmalz 2013: 16). In diesem Zusammenhang betonen Lévesque und Murray (2013), dass neben den identifizierten Machtressourcen auch die strategischen Fähigkeiten der Akteure eine große Rolle spielen, wie die Vermittlung und Entwicklung von Deutungsmustern, eine klare Konstruktion von sich selbst und den anderen, deren Artikulation und die Lernfähigkeit der Gewerkschaft.

2.1.3 Modell für Gewerkschaftsentscheidungen

Für die Fragestellung nach der Haltung schwedischer Gewerkschaften gegenüber der SD wurde ein Modell von Frege und Kelly (2003: 13) modifiziert: Für die beiden Fallstudien wurden die Kontextvariablen des sozioökonomischen Wandels, die institutionelle Einbettung industrieller Beziehungen und Strategien von Staat und Unternehmen gegenüber der SD beleuchtet, und im Anschluss auf die unabhängige Variable der Gewerkschaftsstrukturen eingegangen. Im Zuge dessen wurden drei Indikatoren untersucht: Die Gewerkschaftsidentität, das Handlungsrepertoire und die Organisationsform. Anschließend wurde untersucht, wie durch die prozedurale Variable der *Framing*-Prozesse die Veränderungen in der Umwelt (die Kontextvariablen) unter Rückbezug auf die Gewerkschaftsstrukturen bewertet werden und welche Positionierung gegenüber der SD daraus abgeleitet wurde. Im Folgenden werden die ausgewählten Untersuchungsvariablen erläutert.

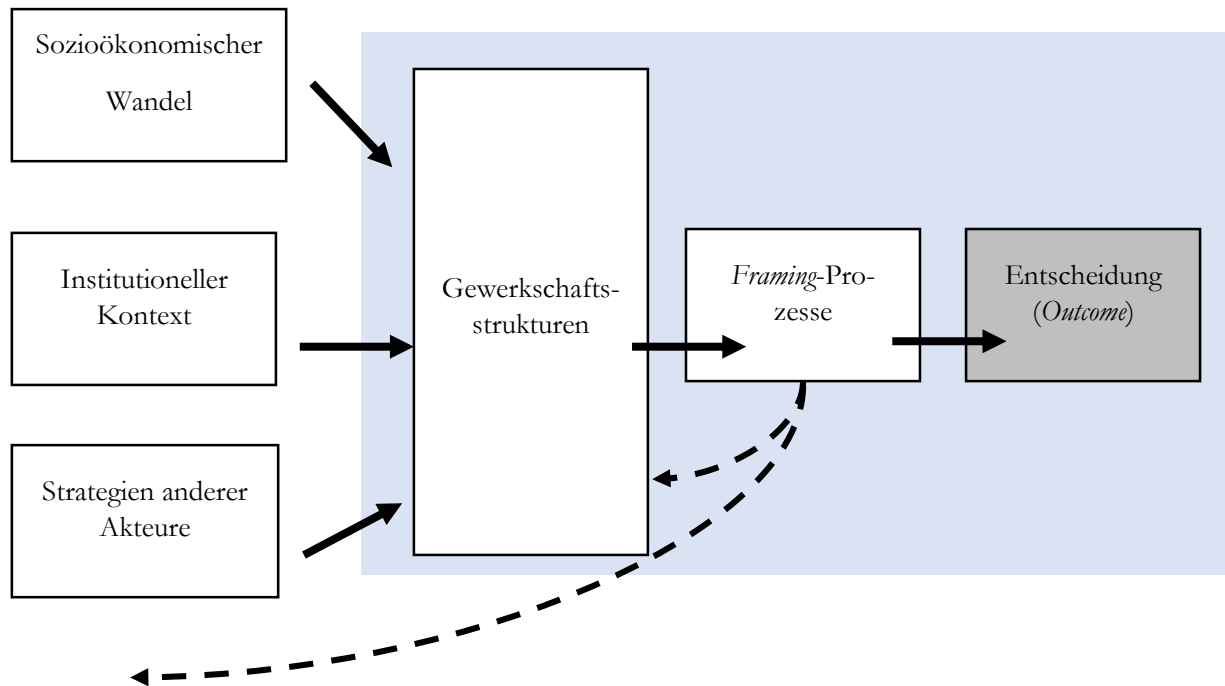


Abb. 1: Modell von Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber Rechtspopulismus (eigene Darstellung)

2.1.3.1 Sozioökonomischer Wandel als Kontextvariable

Die Kontextvariable des sozioökonomischen Wandels erfasst, wie Entwicklungen in der Konjunktur und auf dem Arbeits- und Warenmarkt Gewerkschaftshandeln beeinflussen. Dazu zählen sowohl Kurzzeit- als auch Langzeittrends (vgl. Frege/Kelly 2003: 13f). Der soziale und ökonomische Wandel hat große Auswirkung auf die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft, weil er Machtbeziehungen verschieben kann und das Vertrauensverhältnis zwischen Basis und Gewerkschaftsführung irritieren kann. Strukturelle Veränderungen auf Arbeits- und Warenmarkt gestalten die Handlungsfreiräume der Gewerkschaften, wenngleich nicht von einem linearen Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Faktoren und Gewerkschaftshandeln ausgegangen werden kann. Auch Hyman (1996: 8f) argumentiert, dass nicht automatisch von der Beschäftigungssituation auf Gewerkschaftsstrategien geschlossen werden darf, um einem sozio-technischen Strategiefatalismus vorzubeugen. Um die intranational unterschiedlichen Gewerkschaftspositionen zu erklären, wirft Bengtsson (2013) einen Blick auf den Grad der Prekarität im jeweiligen Sektor, in dem die untersuchten Gewerkschaften agieren. Ein größerer Grad an Prekarität, sprich die „prevalence of atypical employment“ (Thörnquist/Engstrand 2011), befördert laut Bengtsson die Motivation der Gewerkschaften, proaktive Revitalisierungsstrategien zu ergreifen. Die strukturelle Macht der Gewerkschaften ermöglicht grundsätzlich eine Einschränkung oder Unterbrechung der Kapitalverwertung; von zentraler Bedeutung hierfür ist die Marktmacht der ArbeitnehmerInnen, wie eben

der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Segmentierung des Arbeitsmarkts, die Arbeitslosenquote sowie der Dekommodifizierungsgrad (vgl. Huke/Tietje 2014: 374; Brinkmann 2008: 25).

2.1.3.2 Institutioneller Kontext industrieller Beziehungen als Kontextvariable

Im internationalen Vergleich wurden unterschiedliche Revitalisierungsstrategien vermehrt auf die institutionelle Position der Gewerkschaften im jeweiligen Nationalstaat zurückgeführt (u.a. Krings 2009; Baccaro et al. 2003). Der institutionelle Kontext industrieller Beziehungen umfasst die Strukturen der Tarifverhandlungen, rechtliche Entscheidungsprozesse und das politische System selbst mit seinen spezifischen korporatistischen Institutionen. Als Indikatoren der institutionellen Stärke von Gewerkschaften lassen sich beispielsweise die Reichweite von Tarifverträgen, die Gewerkschaftspräsenz in Entscheidungsprozessen, der rechtliche Rahmen und die Finanzierung der Gewerkschaften untersuchen (vgl. Baccaro et al. 2003: 120). Die institutionelle Macht ist die materielle Verdichtung der organisatorischen und strukturellen Macht – der Primärmacht – der Gewerkschaften und wird unter anderem strukturiert durch das bestehende Arbeitsrecht, die Stellung in den Tarifeinsetzungen und das nationale Wohlfahrtsstaatsmodell (vgl. Brinkmann et al. 2008: 25; Huke/Tietje 2014: 374). Nach der Klärung des institutionellen Settings der schwedischen industriellen Beziehungen als „Resultat von Kämpfen und Aushandlungsprozessen“ (Schmalz/Dörre 2014: 227) wird im Besonderen auf die institutionelle Macht von schwedischen Gewerkschaften in der Migrationspolitik – einem von der SD besonders umkämpften Politikfeld – eingegangen, um deren Einflussvermögen und ehemalige Handlungsmuster im Konfliktfeld ausländischer Arbeitskräfte nachzuvollziehen.

2.1.3.3 Strategien von anderen Akteuren als Kontextvariable

Frege und Kelly (2003) nehmen den Einfluss von Strategien von Staat und Unternehmen auf in den Blick und auch andere Studien zeigen, dass diese Strategien das Gewerkschaftshandeln beeinflusst haben (vgl. u.a. Crouch/Streck 1997). Allerdings halte ich es für wichtig, darüber hinaus die Strategien der Dachverbände der Einzelgewerkschaften miteinzubeziehen, die für die gewählte Fragestellung eine größere Rolle spielen als politische Parteien und Unternehmen. Die Einbindung in Netzwerke mit anderen politischen Akteuren ermöglicht den Gewerkschaften – als gesellschaftliche Macht in Form von Kooperationsmacht – die Akquisition von Ressourcen für Gewerkschaftskampagnen und Informationen (vgl. Huke/Tietje 2014: 374), sowie den Rückgriff auf bereits etablierte Deutungsmuster und eine ideologische Verortung, um ihre Anliegen als die der gesamten Gesellschaft zu verallgemeinern (vgl. Schmalz/Dörre 2014).

2.1.3.4 Gewerkschaftsstrukturen als unabhängige Variable

Anhand der unabhängigen Variable der Gewerkschaftsstrukturen kann erfasst werden, welche Auswirkung die interne Struktur der untersuchten Gewerkschaften auf deren Entscheidungen hat. Dazu zählen die horizontale und hierarchische Organisation, außerdem wird das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführung und –basis im Entscheidungsprozess nachvollzogen, um die Strategien der Gewerkschaft auch als Ergebnis innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse verstehen zu können (vgl. Hyman 1996: 7). Die beiden wichtigsten Indikatoren der Gewerkschaftsstruktur sind die kollektive Gewerkschaftsidentität und das bisherige Handlungsrepertoire, die ihrerseits die anschließend untersuchten *Framing*-Prozesse beeinflussen. Darüber hinaus ist für die Organisationsmacht der Gewerkschaften der innere Zusammenhalt sowie die Anpassungsfähigkeit des Verbands relevant, vor allem aber das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführung und der Mitgliederbasis (vgl. Huke/Tietje 2014: 374; Lévesque/Murray 2013).

2.1.3.5 Framing-Prozesse als prozedurale Variable

Wie bei Kelly und Frege (2003) werden *Framing*-Prozesse in dieser Arbeit als prozedurale Variable verstanden, sprich als eine spezifische Art und Weise, wie die Kontextbedingungen verarbeitet und artikuliert werden. Diese Wahrnehmungen entspringen der Gewerkschaftsidentität und bisherigen Handlungsmustern, darum zu einem gewissen Grad einer Pfadabhängigkeit (Pierson 2000). Als ausschlaggebend für die Positionierung der Gewerkschaften ist, wie sie erstens die SD wahrnehmen (als Bedrohung oder „natürlichen Teil“ der Demokratie) und ob sie daraus zweitens einen Handlungsbedarf für die Gewerkschaft ableiten. Die gesellschaftliche Macht der Gewerkschaft in Form von Diskursmacht befördert die „Anerkennung der Gewerkschaften in der Gesellschaft als auch deren Fähigkeit, strategisch gesellschaftliche Debatten zu initiieren bzw. zu prägen“ (Huke/Tietje 2014: 374). Zur Strukturierung der *Framing*-Prozesse können drei Stadien unterschieden werden (vgl. Snow/Benford 1992; Benford 1993; Tsarouhas 2011): (1) Das *diagnostic framing*, im Zuge dessen eine Situation als problematisch definiert wird und ein bestimmter kausaler Zusammenhang zwischen Problem und Ursache hergestellt wird, (2) das *prognostic framing*, bei dem eine Lösung des erkannten Problems und passende Strategien identifiziert werden und (3) das *motivational framing*, das zur Umsetzung dieser Strategien ausruft und durch Artikulation eines Begründungszusammenhangs Akteuren bestimmte Maßnahmen erlaubt.

Typ der Variable	Variable	Indikatoren
Kontext	Sozioökonomischer Wandel	Kurz- und Langzeittrends von Arbeits- und Warenmarkt
Kontext	Strategien von anderen Akteuren	Positionierung politischer Parteien/ der Dachverbände gegenüber der SD
Kontext	Institutioneller Kontext industrieller Beziehungen	Strukturen der Tarifverhandlungen; Politisches System; Einbindung in Entscheidungsmechanismen
Unabhängig	Gewerkschaftsstrukturen	Gewerkschaftsidentität; Organisationsform; bisheriges Handlungsrepertoire
Unabhängig	Framing-Prozesse	Wahrnehmung der SD Rückbezug auf Gewerkschaftsstrukturen und Kontextwahrnehmung
Abhängig	Gewerkschaftsentscheidung	Positionierung gegenüber der SD

Tab. 1: Operationalisierung der Untersuchungsvariablen (eigene Darstellung)

2.2 Annäherung an den Begriff des Rechtspopulismus in Schweden

Ein gesellschaftspolitisches Phänomen, das eine Herausforderung an Gewerkschaften stellt, ist die steigende Bedeutung rechtspopulistischer Parteien. Für diese Arbeit ist wichtig, wie der Begriff des Rechtspopulismus zu fassen ist, warum die Partei *Sverigedemokraterna* (SD) als solche eingeordnet wird und inwiefern er eine Herausforderung für die schwedischen Gewerkschaften darstellt.

2.2.1 Begriff des Rechtspopulismus

Die Vielfalt der verwendeten Begriffe, die das Phänomen Rechtspopulismus beschreiben, macht das Forschungsfeld unübersichtlich. Die Begriffe werden in der aktuellen Debatte sowohl synonym als auch typisierend verwendet, dabei unterscheidet man beispielsweise zwischen „nationalistischen“, „rechtsradikalen“, „faschistischen“, oder „Immigrationsfeindlichen“ Parteien (vgl. für eine Übersicht Kitschelt 2007: 1178f; Mudde 1996). Als vorherrschende Begriffe in der Literatur nennt Eatwell (2004: 8) die Begriffe *extrem rechts* und *populistisch*. Vier Charakteristika sind laut Eatwell bezeichnend für die *extreme Rechte*: Eine anti-demokratische Haltung, Nationalismus, Rassismus und die Forderung nach einem starken Staat. Während die *extreme Rechte* explizit oder implizit verfassungsfeindlich ist, lehnt die *radikale Rechte* Verfassungsinhalte zwar teilweise ab, agiert dabei aber größtenteils innerhalb des demokratischen Systems; auch in der deutschen Gesetzgebung wird diese Unterscheidung getroffen. *Radikale* Parteien vertreten kompromisslose Forderungen, wie die gänzliche Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft und gebrauchen eine dichotomisierende Sprache. Zugleich vertreten rechte Parteien in der soziokulturellen Dimension ein konservatives Familienbild und Rollenverständnis (vgl. Kiiskinen/Saveljeff 2010: 41ff). Die neue radikale Rechte

(Ignazi/Ysmal 1992) subsumiert vorrangig sogenannte *single-issue* Parteien, die auf Grundlage kultureller Unterschiede eine restriktive Migrationspolitik fordern und sich dabei offensiv gegen das politische Establishment wenden, um Sympathien zu erzeugen. Das Attribut *populistisch* hingegen bezieht sich in der gegenwärtigen Literatur vorrangig auf den Anspruch der Parteien, den „wahren Willen“ der Bevölkerung gegen das politische Establishment zu vertreten, wofür sie sich einer einfachen, plakativen Sprache bedienen und als charismatisch geltende Führungspersonen hervorbringen (vgl. Eatwell 2004: 11). Ein Konzept, das all diese Elemente zusammenführt, ist der Begriff der radikalen rechtspopulistischen Parteien (RRP-Parteien) (Rydgren 2006), der auch verstärkt auf den Fall der SD bezogen wurde (vgl. u.a. Ekman/Poohl 2010; Kiiskinen/Saveljeff 2010). Laut Rydgren sind RRP-Parteien charakterisiert durch „a fundamental core of ethno-nationalist xenophobia [...] and anti-political establishment populism“ (2006: 2).

Neben der Begriffsklärung widmen sich zahlreiche Studien auch der Frage, wie man den jüngsten Erfolg dieser Parteien erklären kann (vgl. für eine Übersicht Kitschelt 2007). Beispielsweise zeigen Jackman und Volpert (1996), welche Rolle das Wahlsystem für den Erfolg von RRP-Parteien spielt und führen an, dass die Arbeitslosenquote einen Einfluss auf deren Wahlergebnisse zu haben scheint. Aus einer diskursorientierten Perspektive argumentieren unter anderem Boomgarden und Vliegenthard (2007), dass der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinungsbildung ausschlaggebend ist. Oft wird die Unterstützung von RRP-Parteien auch auf eine schlechte sozioökonomische Situation (*socioeconomic marginalization thesis*), einen großen Anteil von ImmigrantInnen in der Gesellschaft (*perceived threat to majority-group position thesis*) oder die räumliche Nähe zu solchen Gebieten (*halo effect*) zurückgeführt (vgl. u.a. Rydgren/Ruth 2013). Flecker hingegen betont, dass RRP-Parteien eine Lücke nutzen konnten, „die der sozio-ökonomische Umbruch und seine unangemessene politische Verarbeitung hinterließen“ (2007: 80), und Mouffe (2005) zeigt, dass erst der postpolitischen Konsens der etablierten Parteien den Aufstieg der RRP-Parteien ermöglicht hat und kritisiert den moralisierten Umgang etablierter Parteien mit dem Phänomen Rechtspopulismus. Der Umgang etablierter politischer Akteure mit den RRP-Parteien hat demzufolge einen Einfluss auf den Erfolg von RRP-Parteien im demokratischen System.

Während einige ForscherInnen die rechten Parteien als pathologische Normalität (Mudde 2007) bezeichnen, die zur Stabilität des demokratischen Systems beitragen (vgl. Mény/Surel 2002; Decker 2004; 2006), sehen andere sie als Bedrohung der Demokratie. Laut Eatwell (2004) stellen nämlich RRP-Parteien das demokratische System grundsätzlich in Frage, weswegen sie nicht als natürlicher Teil dieses Systems gelten können: Erstens werden durch die dichotomisierende Problemwahrnehmung eine Kompromissfindung – und damit ein Grundsatz der liberalen Demokratie – unmöglich gemacht. Zweitens wird die Legitimität bestehender Parteien grundsätzlich in Frage gestellt, drit-

tens richten sich diese Parteien im Namen einer Mehrheit gegen die individuellen Rechte von Minderheiten und viertens erschweren sie internationale Kooperation. Es ist anzunehmen, dass eine Gewerkschaft, die die SD als Bedrohung der Demokratie wahrnimmt, eher eine konfliktive Haltung einnimmt, während Gewerkschaften, die die SD als natürlichen Teil der politischen Landschaft verstehen, keinen zwangsläufigen Handlungsbedarf erkennen.

2.2.2 Die SD als RRP-Partei

Die Partei *Sverigedemokraterna* (SD) entstand im Jahr 1988 durch einen Zusammenschluss aus mehreren rechten Gruppierungen, sowohl aus der nationalsozialistischen Partei *Bevara Sverige Svenskt* (BSS) als auch moderaten regionalen Protestgruppierungen (vgl. Ekman/Poohl 2010: 22ff; Lodenius/Wingborg 2011). In der Gründungsphase unterhielt die Partei engen Kontakt zur rechtspopulistischen französischen Partei *Front National*, bis hin zur finanziellen Unterstützung. Später konzentrierte sich die SD auf eine Kooperation mit der dänischen rechtspopulistischen *Dans Folkepartiet* für eine gemeinsame Strategiefindung (vgl. Kiiskinen/Saveljeff 2010.: 49ff). Während der erste SD-Parteivorsitzende Anders Klarström als ehemaliges Mitglied der nationalistischen *Nordiska Rikspartiet* einen klaren rechtsextremen Hintergrund hatte (vgl. Hellström/Nilsson 2010: 57), veränderte sich ab 1995 mit Mikael Jansson als ehemaligem Mitglied der bürgerlichen *Centerpartiet* das Image der Partei, hin zu einer demokratischen und legitimen Wahlalternative (vgl. Ekman/Poohl 2010: 143ff). Diese Strategie einer veränderten Rhetorik, des neuen Parteiprogramms und der gemäßigten Außendarstellung wurde ab 2005 mit dem Parteivorsitzenden Jimmy Åkesson fortgeführt und stieß seit der Parlamentswahl im Jahr 2006 auf verstärktes mediales Interesse (vgl. Hellström/Nilsson 2010).

Auch wenn sich das Parteiimage und einige Inhalte seit der Gründungsphase verändert haben, wird die SD bis heute in der Forschungsliteratur weitgehend als RRP-Partei eingeordnet (vgl. Rydgren 2006; Ekman/Poohl 2010; Kiiskinen/Saveljeff 2010; Quensel/Poohl 2011). Vorrangiges Ziel der SD ist es, „das schwedische Volk und den Bestand der schwedischen Nation zu schützen [eigene Übers.]“ (Sverigedemokraterna 2013: §1). Die SD kann in die Tradition der neuen radikalen Rechten (Ignazi/Ysmal1992) eingeordnet werden, die eine Trennlinie zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht anhand Rassenzugehörigkeit, sondern unterschiedlicher Kultur zieht (vgl. Lodenius/Wingborg 2009: 9), was auch als Anspruchsgrundlage für wohlfahrtsstaatliche Leistungen herangezogen wird. Die SD verteidigt das traditionelle schwedische Wohlfahrtsstaatsmodell, warnt aber zugleich vor einer Aushöhlung dessen durch Immigration (Hellström/Nilsson 2010: 59ff). Im Wahlkampf trat die SD mit dem Slogan „Sicherheit und Tradition [eigene Übers.]“ an, (vgl. Sverigedemokraterna 2014) und sieht diese Werte vor allem durch Ausländerkriminalität und Multikulturalismus bedroht (vgl. Ekman/Poohl 2010: 183; Lodenius/Wingborg 2009: 87). Grundsätzlich

führt die SD die meisten gesellschaftspolitischen Problemstellungen auf die Einwanderungspolitik zurück (vgl. Lodenius/Wingborg 2009: 53). Sannerstedts WählerInnenanalyse (2008; 2014) zeigt, SD-WählerInnen und Sympathisanten sind meist durchschnittlichen Alters und verheiratet, leben auf dem Land und verfügen über ein vergleichsweise starkes Haushaltseinkommen. Demnach ist die Hypothese, dass nur marginalisierte und Geringverdienende von RRP-Parteien wie der SD angesprochen werden, fragwürdig (vgl. Hellström/Nilsson 2010: 58). Während Lodenius und Wingborg (2009: 17ff) der SD eine deutliche konservative Haltung und ein traditionelles Rollenverständnis zuschreiben, reflektiert Towns (2002), dass rechtspopulistische Kräfte in Schweden die moderne Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern auch als Argumentationsmuster nutzen, um sich von nicht-europäischen Einwanderern abzugrenzen.

	ALLGEMEINE DEFINITION	SCHWEDENDEMOKRATEN
RADIKAL	Antipluralistisch: Kritik gegen die multikulturelle Gesellschaft	„Das Ziel einer kulturpluralistischen Gesellschaft hat zu einer ernsthaften Bedrohung für die schwedische Nation und seine homogene Zusammensetzung geführt [eigene Übers.].“ (Sverigedemokraterna 2003: 5f) „Schweden ist offen für die Welt, während wir zeitgleich unsere Gemeinschaft und ihre einzigartige Kultur und Identität beschützen [eigene Übers.]“ (Sverigedemokraterna 2014: 7)
RECHTS	Wertekonservatismus: Traditionelles Familienbild	„Die Schwedendemokraten betrachten die Ehe als einen Faktor, der sowohl für Kinder als auch für die Erwachsenen maximale Stabilität und Sicherheit schafft. [...] Die Schwedendemokraten sind dafür, dass die Ehe dem Paar von Mann und Frau vorbehalten sein soll [eigene Übers.].“ (Sverigedemokraterna 2004, zitiert nach Kiiskinen/Saveljeff 2010: 55)
POPULISTISCH	Volk gegen Elite: Kritik gegen das politische Establishment	„Wenn es nach der schwedischen Regierung geht, mit Hilfe der übrigen Parteien, beginnt die mehr oder weniger freie Arbeitskräftewanderung nach Schweden. [...] Es gibt nur eine Partei, die sich gegen diese schwedenfeindliche und schwedendiskriminierende Politik einsetzt, und das sind die Schwedendemokraten [eigene Übers.].“ (Söder 2009, zitiert nach Kiiskinen/Saveljeff 2010: 55)

Tab. 2: Die SD als RRP-Partei (eigene Übers. aus Kiiskinen/Saveljeff 2010: 55)

Vor 2010 galt Schweden noch als Ausnahme in Europa, wo keine rechtspopulistische Partei ins Parlament einziehen konnte – bis auf ein einmaliges Wahlergebnis von 6,7 % der Partei *Ny Demokrati* im Jahr 1991 (vgl. Rydgren 2010: 58) – und viele Studien versuchten eine Erklärung dafür zu finden, warum der Rechtspopulismus vor 2010 in Schweden nicht Fuß fassen konnte (vgl. u.a. Rydgren 2002; Dahlström/Esaiasson 2011). Rydgren (2010: 59) zeigt, dass das Immigrationsthema in Schweden lange Zeit kaum politisiert wurde und im Vergleich zu Diskussionen über Renten, Bildung und Privatisierung über viele Jahre hinweg untergeordnet blieb. Nach dem Erfolg der SD in den Parlamentswahlen 2010 und zuletzt 2014 wurden verschiedene Erklärungsmodelle heran-

gezogen, um die gestiegene Unterstützung der SD nachzuvollziehen (u.a. Rydgren 2010; Rydgren/Ruth 2011). Beispielsweise wird als Ursache angeführt, dass als die neue konservative Regierung zwischen 2006 und 2014 keine drastischen Veränderungen auf den Weg brachte und die vorige Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen Establishment nicht bearbeitet wurde, das Bedürfnis nach einer populistischen Alternative verstärkt wurde (vgl. Rydgren 2010: 62). Weiterhin beobachtet Rydgren schon im Jahr 2005 in Schweden die Tendenzen zur gesellschaftlichen Neustrukturierung (*realignment*) und Entstrukturierung (*dealignment*), wonach einerseits sozio-kulturelle Konflikte gegenüber sozioökonomischen Konflikten an Bedeutung gewinnen und andererseits die Wählerbindung der etablierten Parteien schwindet. Beide Dynamiken erhöhten den Spielraum für Parteien, die gegen das Establishment agieren und kulturelle Auseinandersetzungen wie Fragen nach Gleichstellung, Familienpolitik und Ethnizität aufgreifen.

2.2.3 Herausforderung für Gewerkschaften

Um den Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und Rechtspopulismus auszuloten, stellt sich die Frage, warum das Phänomen von RRP-Parteien für Gewerkschaften überhaupt eine Rolle spielt und worin die Schwierigkeit für Gewerkschaften liegt, diesem Phänomen zu begegnen.

Gewerkschaften sind für die sozioökonomische und politische Stellung der Arbeitskräfte – auch von ausländischen Arbeitskräften im eigenen Land – verantwortlich (vgl. Penninx/Roosblad 2000: 3). Eine gezielte Migrationspolitik kann negativen Effekten illegaler Arbeitsmigration wie einer geschwächten Verhandlungsposition, sinkenden Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen vorbeugen (vgl. Menz 2008: 263). Darüber hinaus werden RRP-Parteien aufgrund des WählerInnenklientels bisweilen als „new type of working class party“ (Betz 2004: 12; Oskarson/Demker 2013) gehandelt, auch in Schweden (vgl. Ekman/Poohl 2010: 365). Ökonomische Determinanten wie Lohndruck und Wohlfahrtsansprüche scheinen dabei eine geringere Rolle zu spielen als kulturelle und soziale Bestimmungsfaktoren: ArbeiterInnen ziehen vor allem aufgrund von Unzufriedenheit mit dem demokratischen System und ihrer unzureichenden Einbindung in Vermittlungsnetzwerke die Wahl von RRP-Parteien in Betracht (vgl. Oesch 2008: 353), wobei sich RRP-Parteien dabei aktiv als neue Ausdrucksmöglichkeit politischer Interessen anbieten. Für die Gewerkschaften ist es eine Herausforderung, die Menschen, die sich nicht repräsentiert fühlen, wieder in die Gewerkschaft einzugliedern (vgl. Flecker 2007). Drohende erodierende Strukturen der Interessenrepräsentation und schwindende normative Ressourcen sind Problemstellungen für die Gewerkschaften, denen sie mit einer Revitalisierungsstrategie begegnen können.

Die Reaktion von Gewerkschaften auf rechtspopulistische Parteien wurde in der Forschung bisher vergleichsweise wenig diskutiert. Es bestehen zwar systematische Ansätze über die Reaktion von

parteilichen Parteien (Bale 2003; Bale et al. 2010; Meguid 2008; Kiiskinen/Saveljeff 2010; Saveljeff 2011; van Spanje 2010), sowie über den Umgang der Gewerkschaft mit ausländischen Arbeitskräften (Penninx/Roosblad 2000; Frank 2009; Bengtsson 2013) – nicht aber über die Reaktion von Gewerkschaften auf die rechtspopulistische Partei selbst. Die Untersuchung anderer Parteien zeigt, dass RRP-Parteien demokratische Institutionen in ein *demokratisches Dilemma* bringen: Anders als die extreme Rechte agieren RRP-Parteien grundsätzlich im Rahmen des demokratischen Systems, stellen aber zugleich bestimmte Aspekte der liberalen Demokratie in Frage. Zu welchem Grad ist es daher für alle politischen Akteure, darunter auch Gewerkschaften, möglich, sich gegen Extremismus zu positionieren, ohne selbst Maßnahmen zu ergreifen, die als undemokratisch gelten (vgl. Eatwell 2004: 4)? Eine unangemessene Reaktion der Gewerkschaften kann die Legitimität der gewerkschaftlichen Werte untergraben, die Kohärenz der angestrebten Programmatik in Frage stellen und die Glaubwürdigkeit der Institution gefährden (vgl. Bale et al. 2013: 92). Eine Stigmatisierung der RRP-Parteien ist nicht unproblematisch, weil es Gruppierungen wie der SD einen größeren Spielraum eröffnet, sich selbst als „Märtyrer der Wahrheit“ (Lodenus/Wingborg 2011: 9; Hellström/Nilsson 2010: 56) darzustellen.

Zugleich bringt Rechtspopulismus die Gewerkschaften in ein *strategisches Dilemma* (vgl. Kiiskinen/Saveljeff 2010). Man will sowohl möglichst viele ArbeiterInnen repräsentieren, gleichzeitig aber auch die Rechte aller Mitglieder schützen. Ausgehend vom Gedanken der internationalen Solidarität aller ArbeiterInnen gelten Gewerkschaften einerseits als originäre Interessensvertreter ausländischer Arbeitskräfte. Andererseits wird gewerkschaftliches Handeln noch immer stark durch den Nationalstaat mitsamt seiner institutionellen und rechtlichen Vorgaben bestimmt, weswegen die gesellschaftliche Akzeptanz von Gewerkschaften durch die Repräsentation des gesamten politischen Spektrums gestärkt werden kann (vgl. Penninx/Roosblad 2000: 187). Der hohe Organisationsgrad der ArbeitnehmerInnen in Schweden mit rund 70 % (vgl. Kjellberg 2013) und die Koppelung der Arbeitslosenversicherung an die Gewerkschaftsmitgliedschaft führt dazu, dass beinahe alle Gesellschaftsgruppen in der gewerkschaftlich organisiert sind – WählerInnen der SD eingeschlossen. In der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus identifiziert Flecker (2007) darum den drohenden Zerfall der Lohnarbeitsgemeinschaft und die Bedrohung der gesellschaftlichen Integration von Gewerkschaften.

3 Empirische Datenerhebung und Fallbeschreibung

Zur Datenhebung wurden leitfadengestützte Experteninterviews und eine Dokumentenanalyse durchgeführt. Die beiden durchgeführten Fallstudien folgen in weiten Teilen den Prinzipien einer Prozessanalyse, dem sogenannten *causal process tracing* (vgl. Blatter/Haverland 2012: 15), und sind

damit intensive Studien einer Untersuchungseinheit, um langfristig generalisierbare Schlüsse für eine übergeordnete Untersuchungseinheit zu erhalten (vgl. Gerring 2004: 341). An dieser Stelle werden die Auswahl der Erhebungsmethode und die Fallauswahl begründet und das weitergehende Verfahren erläutert. Abschließend werden die ausgewählten Fälle in Kürze vorgestellt.

3.1 Erhebung und Auswertung der Daten

Weil es wenig Literatur über den Forschungsgegenstand gibt, wurden Experteninterviews durchgeführt. Insbesondere in einem schwach strukturierten Forschungsfeld ermöglicht das Experteninterview nämlich eine besonders effektive Informationsbeschaffung, „eine konkurrenzlos dichte Datengewinnung“ (Bogner et al. 2009: 8). Experteninterviews ermöglichen es, soziale Situationen oder Prozesse zu rekonstruieren, indem ExpertInnen als direkt beteiligte Personen befragt werden (vgl. Gläser/Laudel 2010: 11ff). Gläser und Laudel verstehen die Rolle von ExpertInnen als „Quelle von Spezialwissen über die erforderlichen sozialen Sachverhalte“ (ebd.: 12).

Die Experteninterviews wurden leitfadengestützt durchgeführt, was als halbstandardisierte Methode den Einsatz offener Fragen ermöglicht (vgl. Gläser/Laudel 2010: 41). Im Gegensatz zu einem standardisierten Vorgehen zielt das halbstandardisierte Leitfadengespräch nämlich darauf ab, „die Konzeptualisierung des Gegenstandsbereichs durch die Befragten selbst erfassen zu können“ (Westle 2009: 249). Der Leitfaden für die Experteninterviews wurde mit Hilfe der eingangs formulierten theoretischen Vorannahmen erstellt und so konsequent wie möglich in allen Interviews eingesetzt, um die Vergleichbarkeit der Daten zu erhöhen (vgl. Mayer 2012: 37; Westle 2009: 250). Die Interviews wurden auf Englisch telefonisch durchgeführt und fanden zwischen dem 3. und 5. Dezember 2014 statt.

Gleichzeitig wurden die Erkenntnisse aus den Interviews mit einer Dokumentenanalyse trianguliert. Unter Triangulation versteht Denzin „the combination of methodologies in the study of the same phenomenon“ (1978: 291). Damit wurde eine methodeninterne Triangulation (vgl. Westle 2009: 355) durchgeführt, um mittels der Dokumentenanalyse das Vertrauen in die Validität der Gesprächsinhalte zu stärken und weitere Daten miteinzubeziehen. Die hierfür verwendeten Dokumente sind nicht selbst Gegenstand des Auswertungsinteresses, sondern dienen als Informationsträger: „Die dokumentierten Aussagen sind Indikatoren für (externe) Sachverhalte“ (Kromrey 1998: 299) und bilden die Realität außerhalb des Dokumentes selbst ab. Solche Sachverhalte können zum Beispiel die Aussageabsichten und Einstellungen der Autoren, Beschreibungen von Situationen oder soziale und politische Kontexte sein. Für die Analyse wurden vorrangig Presseerzeugnisse, Forschungsliteratur, Reden und Publikationen der Gewerkschaften herangezogen, die für die Fragestellung relevante Informationen enthalten. Die Kombination aus Experteninterviews und

Dokumentenanalyse trägt auch der theoretisch identifizierten Relevanz von Sprechakten zur Konstitution von Identität und *Framing*-Prozessen Rechnung und ist daher besonders gut geeignet, um die ausgewählte Fragestellung zu beantworten.

Um die Interviews für die weitere Auswertung nutzbar zu machen, wurden sie nach gängigen Regeln transkribiert (vgl. Flick 2007: 379; Gläser/Laudel 2010: 193). Im Anhang der Arbeit befinden sich sowohl der verwendete Interviewleitfaden (Anh. 1) als auch die Gesprächstranskripte (Anh. 2; 3). Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurden die formulierten theoretischen Analyse Kriterien für die Untersuchung der Interviews sowie für die Dokumentenanalyse herangezogen.

3.2 Fallauswahl und Fallbeschreibung

Zur Beantwortung der Fragestellung wurden zwei Gewerkschaften für die Analyse ausgewählt, die unterschiedlich auf die SD reagiert haben. Über die Positionierung gegenüber der SD entscheiden die Einzelgewerkschaften selbst, darum sind sie die Untersuchungseinheiten. Im Rahmen dieser Arbeit kann nur eine geringe Fallzahl untersucht werden, daher wird je eine Gewerkschaft, die sich gegen die SD positioniert hat und eine, die das nicht getan hat, herangezogen. Um genügend Daten für eine möglichst dichte Fallbeschreibung erheben zu können (vgl. Blatter/Haverland 2012: 8), wurden die beiden Gewerkschaften *Svenska Transportarbetareförbundet (Transport)* und *Unionen* ausgewählt, die am prominentesten in den öffentlichen Medien diskutiert wurden und bei denen offensichtlich eine innergewerkschaftliche Debatte und Positionierung stattgefunden hat. Es handelt sich um ein *most similiar cases design* (MSCD), bei dem Fälle mit möglichst ähnlichen Grundvoraussetzungen und einem unterschiedlichem *Outcome* verglichen werden (vgl. Przeworski/Teune 1970: 32). Auch wenn die Gewerkschaften Unterschiede in ihrer Zusammensetzung, Größe und Struktur vorweisen, sind sie dennoch in das gleiche institutionelle Setting, den nationalen Diskurs sowie in ähnliche sozioökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen eingebettet.

3.2.1 Svenska Transportarbetareförbundet (Transport)

Eine Gewerkschaft, die sich besonders deutlich gegen die SD positioniert hat, ist die Gewerkschaft *Svenska Transportarbetareförbundet (Transport)*. Die Einzelgewerkschaft ist im Dachverband *Landesorganisationen (LO)* organisiert, der traditionell der sozialdemokratischen Partei *Socialdemokraterna (SAP)* nahesteht und nach eigenen Angaben rund 62.000 Mitglieder im Transportsektor vertritt. Bereits im Jahr 2005 hat die Gewerkschaft erstmals aktive SD-Mitglieder aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, also Gewerkschaftsmitglieder, die gewählte Ämter der SD auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene bekleiden. Und im Sommer 2014 bekräftigte der Gewerkschaftsvorsitzende Lars Lindgren diese Strategie damit, dass die Politik der SD gegen die Gewerkschaftssatzung, nämlich den gleichen Wert aller Menschen, verstoße. Es sei unvereinbar, zugleich die Politik

der SD und die Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder zu vertreten (vgl. Delin 2014). Um den Entscheidungsprozess in *Transport* nachzuzeichnen, wurde ein Interview mit dem Pressereferenten der Gewerkschaft, Gabriel Dahlander, geführt sowie Presseerzeugnisse, Gewerkschaftspublikationen, Forschungsliteratur und die Gewerkschaftszeitung *Transport arbetaren* herangezogen.

3.2.2 Unionen

Eine Gewerkschaft, die sich gegen den offiziellen Ausschluss von SchwedendemokratInnen entschieden hat, ist die große Gewerkschaft des privaten Dienstleistungssektors *Unionen*. Die Angestellten-Einzelgewerkschaft ist im Dachverband *Tjänstemannens centralorganisation* (TCO) organisiert und vertritt rund 570.000 Beschäftigte im privaten Dienstleistungssektor. Im Jahr 2014 wurde eine gewerkschaftsinterne Diskussion über den Umgang mit der SD ausgelöst, nachdem die SD-Politikerin und Regionalvorsitzende Ann-Katrin Löfwenhamn wegen rassistischer Äußerungen in der Öffentlichkeit in Kritik geraten war (vgl. Petersen 2014; Malmgren 2014; Leander 2014b). Obwohl sich die Gewerkschaftsführung schließlich gegen einen formalen Ausschluss entschieden hat, trat Löfwenhamn zwei Wochen später aus eigener Entscheidung zurück (vgl. Andersson 2014), was die öffentliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der eigenen Positionierung verstärkte. Zur Rekonstruktion der Entscheidung von *Unionen* gegenüber der SD wurde ein Interview mit dem Verbandssekretär Leif Nicklagård geführt, Presseerzeugnisse, Forschungsliteratur sowie Inhalte der gewerkschaftsnahen Zeitung *Kollega* und Gewerkschaftspublikationen herangezogen.

4 Gewerkschaftsentscheidungen von Transport und Unionen gegenüber der SD auf Basis der empirischen Daten

Die beiden ausgewählten Gewerkschaften werden im folgenden empirischen Teil anhand der fünf theoretisch hergeleiteten Analysevariablen untersucht. Die Variablen sollen helfen, Komplexität zu reduzieren und strukturiert auf wesentliche Determinanten einzugehen. Durch das Vergleichsdesign kann auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede verwiesen werden. Welche zentralen Erkenntnisse aus der Arbeit hervorgehen und zu welchem Grad diese Einsichten auf andere Fälle übertragen werden können, wird im Anschluss an die empirische Analyse in einem Fazit reflektiert.

4.1 Sozialer und ökonomischer Wandel

Das schwedische Kapitalismusmodell zeichnet sich grundsätzlich durch einen großen öffentlichen Sektor, eine starke Exportorientierung der Industrie und einen umfassenden Wohlfahrtsstaat aus. Sowohl Bankensektor als auch Realwirtschaft sind eng mit dem europäischen Markt verflochten, was mit dem EU-Beitritt im Jahr 1994 noch verstärkt wurde. Die Wirtschafts- und Finanzkrise

2007/08 war zwar auch für Schweden die stärkste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, konnte aber unter anderem durch eine schnelle Abwertung der Schwedischen Krone und den großen Spielraum des Staatshaushalts vergleichsweise rasch bearbeitet werden (vgl. Jochem 2010; Peterson 2011: 217; Bergmann 2011: 440f). Sowohl in der Krise als auch danach hat die Regierung verstärkt auf etablierte Mechanismen des schwedischen Wohlfahrtsstaats zurückgegriffen, was allerdings keine völlige Abkehr von der Modernisierung bedeutet, die das Wohlfahrtsstaatsmodell bereits seit den 1980er Jahren ergriffen hat. Der zunehmende Rückzug des Wohlfahrtsstaats und die damit vieldiskutierte Veränderung des „schwedischen Modells“ begannen bereits mit der schweren Finanzkrise der 1990er Jahre, der damaligen sozialdemokratischen Krisenbearbeitung und der Mitte-Rechts-Regierung ab 2006 (vgl. Hillebrand-Brem 2015). Die langfristigen Entwicklungstendenzen der Privatisierung (vgl. Edlund/Sevä 2013: 544) und des abnehmenden Universalismus wurden fortgesetzt, was die Ungleichheit in der Bevölkerung ansteigen ließ. Darauf verweisen die zunehmende Lohnspreizung, die Marginalisierung von Jugendlichen, ImmigrantInnen und Alleinerziehenden auf dem Arbeitsmarkt sowie ein nachlassender Arbeitsschutz (vgl. Anxo 2013: 35; OECD 2012).

Die Gewerkschaft *Transport* beobachtet mit Sorge die Veränderung des Wohlfahrtsstaatsmodells und sieht es „under attack“ (Dahlander 2014) von diversen politischen und gesellschaftlichen Kräften. Es sei ungemein wichtig, dass die Sicherungssysteme und die bestehenden Tarifverträge trotz steigender Arbeitsmigration in Europa für alle zugänglich sind, die in Schweden arbeiten, um das System vor einer Aushöhlung zu schützen. Doch auch in den von *Transport* organisierten Berufsgruppen, wie den Beschäftigten im Personenverkehr, steigt der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse, mit 16 % befristeter Arbeitsverhältnisse im Jahr 2014 (vgl. LO 2014), wenngleich weniger stark als in anderen Berufsgruppen wie Restaurant- und Hotelfachangestellte. *Unionen* sieht laut eigenen Angaben keinen Zusammenhang zwischen der Positionierung gegenüber der SD und der sozioökonomischen Entwicklung und hat sich laut eigenen Angaben unabhängig von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage positioniert (vgl. Nicklagård 2014). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die sozioökonomische Situation die Handlungsspielräume der Gewerkschaften in Schweden strukturiert. Das gilt für beide untersuchten Gewerkschaften auf ähnliche Weise, denn trotz einiger Unterschiede, fand in den von *Transport* und *Unionen* vertretenen Berufsgruppen zwischen 2010-2012 eine ähnliche prozentuale Lohnveränderung von rund 8 % statt (vgl. Unionen 2014) und auch die übergreifenden Trends befristeter Arbeitsverhältnisse und einer hohen Jugendarbeitslosigkeit betreffen beinahe alle Branchen. Darum lässt sich kein linearer Zusammenhang

zwischen der wirtschaftlichen Situation der vertretenen Berufsgruppen und der Positionierung gegenüber Rechtspopulismus feststellen, auch beide Gewerkschaften verneinen diesen Zusammenhang ausdrücklich (vgl. Dahlander 2014; Nicklagård 2014).

4.2 Institutioneller Kontext industrieller Beziehungen

Schwedens Arbeitsmarktregime ist neokorporatistisch und folgt den Prinzipien einer solidarischen Lohnpolitik (vgl. Schulten 2001). Bis in die 1970er Jahre hinein orientierten sich die Sozialpartner und die Regierung am „historischen Kompromiss“ (Kaufmann 2013: 115ff), der durch das Abkommen von Saltsjöbaden im Jahr 1938 herbeigeführt wurde. Das Abkommen sah ein spezifisches Lohnregime vor, nämlich den Ausschluss unmittelbarer Staatsintervention in den Tarifverhandlungen bei gleichzeitiger aktiver Arbeitsmarktpolitik durch die Regierung (vgl. Schnyder 2012: 1128). Obgleich die Tarifverhandlungen innerhalb der letzten Jahrzehnte zunehmend dezentralisiert und individualisiert wurden und sich die Regierung in die Vereinbarungen der Sozialpartner seit der jüngsten Krise vermehrt einmischt (vgl. Hillebrand-Brem 2015), gilt Schweden im internationalen Vergleich noch immer als Musterland der Tarifautonomie (vgl. OECD 2012: 66ff). Über 90 % aller Stellen sind durch Tarifabschlüsse gedeckt, entweder formell oder durch eine informelle Allgemeinverbindlichkeit, die ein ausgearbeitetes Arbeitsrecht weitgehend ersetzen. Neben der relativ großen institutionellen Macht schwedischer Gewerkschaften durch die stabilen und umfangreichen Einflussmöglichkeiten ist die Streikaktivität in den letzten Jahren deutlich rückläufig, was auch auf die verpflichtende Konsultation eines Vermittlungsinstituts (*medlingsinstitutet*) in den Tarifverhandlungen zurückgeführt werden kann (vgl. Rose 2010). Penninx und Roosblad (2000: 192) identifizieren vier Kriterien, nach denen die institutionelle Stärke von Gewerkschaften bestimmt werden kann. Bis auf eine – nämlich die obligatorische Mitgliedschaft – werden alle Kriterien von schwedischen Gewerkschaften erfüllt, wie die Tatsache, dass die Arbeitslosenversicherung direkt an die Gewerkschaften gekoppelt ist, dass sie über einen regulierten Zugang zu den Arbeitsplätzen ihrer Mitglieder verfügen und dass sie in viele wichtige sozioökonomische Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

Gleichwohl wurde das Kriterium der obligatorischen Mitgliedschaft sogar zeitweise erfüllt, interessanterweise in Bezug auf ausländische Arbeitskräfte: Nämlich von 1947 bis 1965 galt eine „Organisationsklausel“ in bilateralen Arbeitsverträgen, die ausländische Arbeitskräfte dazu verpflichtete, sich in der passenden Gewerkschaft über den gesamten Zeitraum ihres Arbeitsaufenthalts hinweg zu organisieren (vgl. Knocke 2000: 159f). Auch daran lässt sich erkennen, dass die Gewerkschaften auch im Bereich von Immigrations- und Arbeitspolitik einen großen Einfluss ausüben konnten (vgl. Menz 2008). Lange Zeit war auch die Zustimmung der Gewerkschaften für die erstmalige

Beschäftigung jeder einzelnen ausländischen Arbeitskraft notwendig, wobei sich die Regierung dabei selten gegen die Meinung der Sozialpartner gestellt hat (vgl. Frank 2009: 31ff). Die generelle Haltung der schwedischen Gewerkschaften zur Beschäftigung ausländischer ArbeiterInnen war zunächst ablehnend, insbesondere gegenüber nicht-skandinavischer Einwanderung, um die nationalen Arbeitskräfte abzuschirmen und Lohndumping vorzubeugen. Nach anfänglich zögerlichem Verhalten haben schwedische Gewerkschaften schließlich ausländische Arbeitskräfte integriert und deren Rechte gestärkt (vgl. Knocke 2000: 176ff), wobei die Art der Organisationsform abhängig ist vom Sektor, in dem sie agieren (vgl. Bengtsson 2013).

Der Organisationsgrad der schwedischen Gewerkschaften ist im internationalen Vergleich enorm, allerdings leicht rückläufig. Rund 70% der ArbeitnehmerInnen sind derzeit organisiert, während es im Jahr 1993 noch 85 % waren. Das kann neben der langen Tradition sozialer Bewegungen auch auf das Ghent-System zurückgeführt werden, durch das die Arbeitslosenversicherung direkt an die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gekoppelt ist und was dazu führt, dass auch Arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder bleiben (vgl. Murhem 2013: 632). Der Rückgang war bei den gewerblichen ArbeiterInnen stärker (10 % zwischen 2006 und 2012) als bei den Gewerkschaften der Angestellten (4 % zwischen 2006 und 2012) (vgl. Kjellberg 2013: 28f). Der starke Mitgliederrückgang der gewerblichen Gewerkschaften in diesem Zeitraum lässt sich durch die Reform der Arbeitslosenversicherung unter der konservativen Regierung Fredrik Reinfeldts erklären, die im Jahr 2007 vor allem Beiträge für gewerbliche ArbeiterInnen in der Hotel-, Restaurant- und Transportbranche in die Höhe getrieben hatte und so zu Massenausritten aus den Gewerkschaften führte. Während die Mitgliederzahl von *Transport* in den letzten fünf Jahren leicht gesunken ist, konnte sich *Unionen* jedes Jahr noch vergrößern (vgl. Tab. 3). Weil *Transport* nicht zu den großen schwedischen ArbeiterInnenorganisationen gehört, ist es für die Gewerkschaft nach eigenen Angaben umso wichtiger, lautstark und öffentlichkeitswirksam aufzutreten, um nicht übersehen zu werden (vgl. Dahlander 2014). *Unionen* verfügt hingegen als größte Einzelgewerkschaft mit über 500.000 Mitgliedern und noch stetig steigender Mitgliederzahl über eine starke Organisationsmacht.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Transport	71 823	64 536	62 125	62 745	62 639	61 742	61 964	61 627
Unionen	*	*	*	499 782	496 344	505 724	534 413	569 482

* *Unionen* erst ab 2008 gegründet

Tab. 3: Mitgliederzahlen der Gewerkschaften 2009-2013 (Angaben der Gewerkschaften)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das institutionelle Setting entscheidend für die Handlungsspielräume der Gewerkschaften ist: Das Institutionengefüge des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats (Esping-Andersen 1990) fördert die institutionelle Macht der Gewerkschaften, auch in

der Migrationspolitik – einem seit dem Erfolg der SD besonders umkämpften Politikfeld. Weiterhin befördert die langjährige Tradition die gesellschaftliche Integration: Die Organisationsbereitschaft der Bevölkerung und spezifische institutionelle Mechanismen wie das Ghent-System verstärken die Bereitschaft von ArbeitnehmerInnen, in die Gewerkschaft einzutreten, was sich positiv auf die gewerkschaftliche Primärmacht auswirkt.

4.3 Strategien von anderen Akteuren

Gewerkschaften agieren im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse – zwischen Staat, Markt und Gesellschaft – weswegen das Handeln der einzelnen Akteure einander bedingt. Zunächst kann festgehalten werden, dass sich die Haltung der etablierten Parteien gegenüber der SD innerhalb der letzten Jahre verändert hat. Sowohl die sozialdemokratische SAP als auch die bürgerliche Allianz haben lange Zeit eine Dämonisierungstaktik verfolgt, indem sie die SD als ernsthafte politische Konkurrenz leugneten (vgl. Kiiskinen/Saveljeff 2010; Bale et al. 2010) und einen *cordon sanitaire* errichteten, um jede Form von Kooperation zu vermeiden (vgl. Rydgren 2010: 58). Erst nachdem im Jahr 2006 die SD 2,93 % der Stimmen erzielte und sich damit zwar keine Sitze im Reichstag, aber in den kommunalen Parlamenten sichern konnte, nahmen die etablierten Parteien die SD verstärkt wahr, vor allem die sozialdemokratische SAP hatte viele Wähler an die SD verloren. Durch die jetzt verschärfte Konkurrenzsituation ist vor allem die soziokulturelle Auseinandersetzung mit Migration – die von der SD als *single-issue*-Partei auf die Agenda gebracht wurde – für die etablierten Parteien wieder in den Vordergrund gerückt. Die sozialdemokratische SAP hat sich parteiprogrammatisch dabei tendenziell von der SD gelöst und eine Divergenzstrategie eingeschlagen, während sich die Allianz aus Konservativen, Zentrum, Liberalen und Christdemokraten programmatisch zögerlich an die SD angenähert hat (vgl. Kiiskinen/Saveljeff 2010: 249ff). Nachdem die SD zuletzt im Herbst 2014 den Haushaltsentwurf der Regierung für das Jahr 2015 blockiert hatte und damit versucht hatte, ihre Forderungen nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik zu erzwingen, schlug die SAP einen deutlicheren Kurs ein und der Parteivorsitzende Stefan Löfwén bezeichnete die SD als neofaschistische Partei (vgl. Kihlström 2014). Beide untersuchten Gewerkschaften betonen aber, dass die Strategien der etablierten politischen Parteien keine Auswirkung auf die eigene Positionierung gehabt haben (vgl. Dahlander 2014; Nicklågärd 2014).

Im Gegensatz zum Verhalten der politischen Parteien scheinen zumindest die Strategien der Dachverbände für die untersuchten Einzelgewerkschaften eine Rolle gespielt zu haben, die ihrerseits durch die Strategien der Einzelgewerkschaften konstituiert werden. Während *Transport* im Dachverband LO organisiert ist, der traditionell der sozialdemokratischen Partei nahesteht, haben die Dachverbände der Angestellten, Saco und TCO – zu dem *Unionen* gehört – immer versucht, eine

unpolitische Basis zu finden und ihre parteipolitische Neutralität zu betonen. Daher finden sich große Unterschiede in der politischen Kultur der Dachverbände und der Konfliktbereitschaft der Einzelgewerkschaften. Die Vielzahl der Gewerkschaften – und deren Trennung nach gewerblichen ArbeiterInnen und Angestellten – macht Schwedens ArbeiterInnenbewegung zur klassensegmentiertesten ArbeiterInnenbewegung weltweit (vgl. Kjellberg 2013: 6; Steinmo 2003: 36; Westerlund 2011: 27ff).

Transport ist im Dachverband LO organisiert. Dieser steht traditionell der sozialdemokratischen Partei SAP nahe, zu deren Gründung die ArbeiterInnenbewegung beigetragen hat und mit der es bis heute personelle Überschneidungen gibt. Seit der Parteigründung im Jahr 1889 galt die SAP lange Zeit als „trade union peak organization“ (Higgins 1985: 365), bis schließlich rund zehn Jahre später der Dachverband LO gegründet wurde. Ursprünglich waren alle Gewerkschaftsmitglieder SAP-Mitglieder, dieser Automatismus wurde allerdings im Jahr 1987 aufgehoben, nachdem sich das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei mitunter durch den neoliberalen Kurswechsel der SAP ab 1982 deutlich verschlechtert hatte. Unter der konservativen Regierung Reinfeldts 2006 bis 2014, die in vielen Fragen der Gewerkschaftspolitik zuwider lief, hat sich das Verhältnis zur SAP zu einem gewissen Grad verbessert (vgl. Gumbrell-McCormick/Hyman 2014: 139). Trotz der politischen Aktivität und Konfliktfähigkeit war die LO lange Zeit auch dafür bekannt, sich auf die „harten ökonomischen“ Themen im Arbeitskampf zu konzentrieren, wie Vollbeschäftigung und faire Löhne. Die Dominanz dieser Themen hat laut Higgins (1996: 168) eine Auseinandersetzung mit sozialen Werten wie Gerechtigkeit und Demokratisierung der Gesellschaft im Dachverband verdrängt. Durch den Rechtsruck der Regierung ab 1980 aber sei ein neuer Handlungsbedarf hierfür entstanden, der innovative Kräfte zu einer neuen Form von Gewerkschaftspolitik bündeln konnte und damit den normativen Themen von Gerechtigkeit und Demokratie im Berufsleben und im Wohlfahrtsstaat wieder zu neuer Bedeutung verhalf. In den Folgejahren hat sich die LO gezielt der Auseinandersetzung und Vertretung normativer Zielsetzungen gewidmet (vgl. Higgins 1985), was auch jüngst in der Problematisierung des SD-Wahlerfolgs in einer LO-Wahlanalyse ersichtlich ist (vgl. Haggström/Pelling 2014).

Zusammenfassend lässt sich über die LO festhalten, dass der Dachverband auf eine lange politische Tradition zurückblickt, einerseits durch die enge Anbindung an die SAP und andererseits durch ein wiederentdecktes, gesellschaftspolitisches Engagement in den 1980er Jahren. Die Positionierung gegenüber der SD hat allerdings in den Einzelgewerkschaften der LO unabhängig voneinander stattgefunden. Es habe keine zentralen Treffen und Strategien gegeben, gleichzeitig sei die politische Kultur im Dachverband aber sicherlich eine Determinante für das Handeln der Einzelgewerkschaften gewesen, wobei aber vor allem die individuelle Konfliktbereitschaft und Geschichte der Einzelgewerkschaften die Positionierung beeinflusst habe (vgl. Dahlander 2014). Gleichwohl ist es

auffällig, dass beinahe alle Gewerkschaften (12 von 14 Einzelgewerkschaften) der LO SD-MitgliederInnen von gewählten Ämtern ausgeschlossen haben und sich explizit gegen die SD positioniert haben, wie auch beispielsweise die Gewerkschaft der Bauwirtschaft *Byggnads* in einer Wahlanalyse deutlich macht (vgl. Lindholm et al. 2010: 8f). Das verweist auf eine ähnliche politische Kultur und Identität der im Dachverband organisierten Gewerkschaften.

Im Gegensatz dazu ist *Unionen* im Dachverband TCO organisiert. TCO ist ein Dachverband für Angestellte, der 14 Einzelgewerkschaften organisiert, davon beispielsweise die Gewerkschaften von LehrerInnen und JournalistInnen. In den letzten Jahren haben sich TCO und der AkademikerInnendachverband Saco inhaltlich stark angeglichen, weswegen immer wieder ein Zusammenschluss der beiden Angestellten-Dachverbände, vor allem von Seiten TCOs, ins Gespräch gebracht wurde (vgl. Kjellberg 2013: 6). Im Gegensatz zur LO haben TCO und Saco immer ihre parteipolitische Unabhängigkeit betont, sich aber zugleich für die politischen Anliegen ihrer Mitglieder eingesetzt. Bereits in der Gründungsphase des Verbands war die Neutralität ein zentrales Anliegen, das damals als „parteipolitische Ungebundenheit“ des Verbands sowie aller angeschlossenen Organisationen in der Satzung definiert wurde. Im Laufe der Jahre kamen immer wieder Diskussionen über parteipolitisches Engagement einzelner Gewerkschaftsfunktionäre auf, wie die Doppelfunktion einzelner Mitglieder in der Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei oder die Positionierung des Verbands in die Auseinandersetzung um den umstrittenen Lohnabhängigenfonds in den 1970er Jahren. Grundsätzlich galt die Devise für Gewerkschaftsmitglieder, in parteipolitischen Fragen stets Vorsicht und Zurückhaltung zu üben (vgl. Westerlund 2011: 191). Seit dem Jahr 2007 spricht TCO in ihrer Satzung von der parteipolitischen Unabhängigkeit als einer Grundvoraussetzung, die das Engagement in politischen Sachfragen nicht nur ausdrücklich erlaubt, sondern auch von der Abhängigkeit von parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen lösen soll (vgl. TCO 2011: 5). Nichtsdestotrotz haben sich mittlerweile auch einige Einzelgewerkschaften (6 von 14 Einzelgewerkschaften) innerhalb von TCO von der SD distanziert und aktive SD-PolitikerInnen ausgeschlossen, beispielsweise *Vision*, *ST* oder *Vårdförbundet* (vgl. Delin 2014; Leander 2014). *Unionen* ist mit über 500.000 Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft im Dachverband, hat einen erheblichen Einfluss auf diesen und kontrolliert nach eigenen Angaben die Politik des Dachverbands, anstatt dass es umgekehrt wäre. Allerdings räumt *Unionen* gleichzeitig ein, dass die politische Kultur des Dachverbands eine gewisse Rolle für die Entscheidung gespielt hat und stellt fest, dass es für die Einzelgewerkschaften der politisch aktiven LO deutlich einfacher sei, sich politisch zu positionieren (vgl. Nicklagård 2014).

4.4 Gewerkschaftsstrukturen

Transport ist eine der kleineren schwedischen Einzelgewerkschaften, bezogen auf die Mitgliederzahlen belegt sie Platz 15 im ganzen Land. Die Entscheidung über die Haltung gegenüber der SD wurde von der Gewerkschaftsführung herbeigeführt und durch den persönlichen Einsatz der Mitglieder des Gremiums geprägt (vgl. Dahlander 2014). Besonders auffällig ist, dass die Bearbeitung des Themas schon sehr früh erfolgte, lange bevor die SD 2010 ins nationale Parlament gewählt wurde. Schon im Jahr 2005 wurden die ersten aktiven SD-PolitikerInnen durch einen Grundsatzbeschluss aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Dieser Beschluss wurde mehrmals bekräftigt, in den Jahren 2007 und 2012 (vgl. Transport 2013; Mattmar 2012), wenn auch bisweilen mediale Kritik an der harten Linie laut geworden war (vgl. u.a. Arpi 2014; Birgersson 2014). Laut Angaben der Gewerkschaft haben SD-WählerInnen innerhalb der Gewerkschaft – die Schätzungen zufolge sogar rund 20 % der Mitgliederbasis ausmachen (vgl. Nilsson 2013) – zu keinem Zeitpunkt versucht, auf den Entscheidungsprozess einzuwirken oder ein Aufheben des Ausschlusses gefordert. Die SD-WählerInnen sind laut *Transport* ohnehin meist keine aktiven Gewerkschaftsmitglieder und haben von sich aus keine Debatte innerhalb der Gewerkschaft ausgelöst. Die aktiven Gewerkschaftsmitglieder seien sich bei der Entscheidung einig gewesen und bei den Kongressen haben fast alle Delegierten, mit nur ein bis zwei Gegenstimmen, für den Ausschluss aktiver SD-PolitikerInnen gestimmt (vgl. Dahlander 2014). *Transport* erachtet es daran anknüpfend als Aufgabe der Gewerkschaftsführung, zwischen widerstreitenden Interessen zu vermitteln, den Mitgliedern ihre Entscheidungen zu erklären und durch Bildungsarbeit verständlich zu machen.

Die Zielsetzung von *Transport* besteht laut ihrer Satzung darin, „die Interessen ihrer Mitglieder auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben zu schützen, sowie sich dadurch und auch sonst für eine soziale Entwicklung einzusetzen, die auf dem gleichen Wert aller Menschen sowie politischer, sozialer und ökonomischer Demokratie beruht [eigene Übers.]“ (Transport 2012: §2). Neben den grundlegenden Zielen der Gewerkschaft, die Position der Mitglieder im Arbeitsmarkt zu stärken, ist es für *Transport* von grundlegendem Interesse, das „schwedische Modell“ und seine sozialen Sicherungssysteme zu erhalten und für alle ArbeiterInnen in Schweden zugänglich zu machen. *Transport* versteht sich laut eigener Aussage als eine besonders konfliktorientierte Gewerkschaft, die nicht vor deutlichen Worten zurückschreckt. Sie betont ihre politisch linke Orientierung und fordert auch eine dementsprechende Politik vom Dachverband LO (vgl. Dahlander 2014).

Sowohl die Identität als auch das verfügbare Handlungsrepertoire sind maßgeblich von den organisierten Mitgliedern abhängig, so sind beispielsweise die HafendarbeiterInnen in Schweden traditionell sehr gut organisiert und konfliktbereit, was auch deren vergleichsweise schlechte Arbeitsbedingungen und die daraus folgende Notwendigkeit des Arbeitskampfs zurückzuführen ist. Identität und Handlungsmuster korrespondieren ausdrücklich mit der sozioökonomischen Situation der

Mitglieder. Bereits im Jahr 1909, im Rahmen des schwedischen Generalstreiks zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts, beschrieb Charles Lindley, damals Gewerkschaftsvorsitzender, die *Transport*-Mitglieder als Sturmtruppen in diesem Kampf (vgl. Lindley 1977: 62). Und bereits in den 1950er Jahren hatte die Gewerkschaftsmitglieder ausgeschlossen, damals aber Mitglieder der kommunistischen Partei, was auch mit dem Verstoß gegen die Gewerkschaftssatzung begründet wurde (vgl. Dahlander 2014). Das zeigt, dass die Gewerkschaft mit solchen Maßnahmen vertraut ist. Und neuere Studien zeigen, dass *Transport* im Umgang mit ausländischen Arbeitskräften besonders proaktive Strategien verfolgt: Sie verkörpert laut Bengtsson (2013: 183) neue Ideen und ist die erste Gewerkschaft, die eine umfassende Organisation ausländischer ArbeiterInnen, beispielsweise durch Sprachkurse und zielgruppenorientierte Angebote, forciert.

Unionen wurde im Jahr 2008 aus den beiden bereits zuvor heterogenen Einzelgewerkschaften Sif (Angestellte in der Industrie und Teile des Dienstleistungssektors) und HTF (Angestellte im Handel, Transport und anderen privaten Dienstleistungen) gegründet (vgl. Kjellberg 2008; Kjellberg 2013: 7). Seither ist *Unionen* die größte Einzelgewerkschaft Schwedens, vertritt eine Vielzahl unterschiedlicher Berufsgruppen und ist daher nicht homogen. Gegenwärtig haben viele der TCO-Einzelgewerkschaften Schwierigkeiten, sich gegen konkurrierende Gewerkschaften des AkademikerInnen-Dachverbands Saco zu behaupten. *Unionen* hat sich zwischen 1990 und 2012 beispielsweise um 13 % vergrößert, während der direkte Konkurrent, der Verband graduierter Ingenieure im selben Zeitraum um 188 % wachsen konnte (vgl. Kjellberg 2013: 20). Dennoch ist *Unionen* durch die schiere Größe und einer – im Vergleich zu Gewerkschaften der traditionellen ArbeiterInnenklasse – relativ stabilen Mitgliederentwicklung ein sehr einflussreicher Akteur in den schwedischen Arbeitsbeziehungen. Die Gewerkschaft bezeichnet sich selbst als von den Mitgliedern gesteuerte Organisation und schreibt demokratischen Prozessen innerhalb der Gewerkschaft einen hohen Stellenwert zu (vgl. Nicklagård 2014). Zugleich zeichnet sich ab, dass ein interner Konflikt in der Gewerkschaft über die Positionierung gegenüber der SD stattgefunden hat. Obwohl *Unionen* in den Medien teilweise in die Kritik für die Zurückhaltung gegenüber der SD geriet (vgl. Petersen 2014; Hallstedt 2014) und auch Mitglieder Enttäuschung über die fehlende Positionierung äußerten (vgl. Leander 2014a; Lund 2014), blieb die Gewerkschaftsführung bei dem eingeschlagenen Kurs.

Anders als *Transport* verpflichtet sich *Unionen* in ihrer Satzung wie auch der Dachverband TCO explizit der parteipolitischen Neutralität, was Dreh- und Angelpunkt in der Auseinandersetzung mit der SD ist. In der Satzung heißt es neben der Verpflichtung zu Solidarität und demokratische Wertevorstellungen wie Gleichberechtigung und Vielfalt nämlich auch: „Der Verband ist parteipolitisch unabhängig [eigene Übers.]“ (Unionen 2011: §1.1 Satz 1). Demgemäß ist es für *Unionen* ein

wichtiger Grundsatz, „dass alle Mitglieder [...] die gleichen Möglichkeiten für die Wahl als Vertrauensperson und Vertretung in allen demokratischen Organen des Verbands [eigene Übers.]“ (Unionen 2011: §1.1 Satz 2) haben sollen – ungeachtet deren parteipolitischer Mitgliedschaft oder Präferenz. Darum spricht sich die Gewerkschaftsführung dagegen aus, durch einen Ausschluss der SD die internen Gewerkschaftswahlen der Vertrauenspersonen in Zweifel zu ziehen. Zudem bedeutet parteipolitische Neutralität für die Gewerkschaftsführung, „keine Erkundigungen darüber einzuholen, welche politischen Ansichten die Mitglieder haben, wie sie wählen oder welchen Organisationen sie angehören [eigene Übers.]“ (Fahlberg 2014). Zugleich können aber Mitglieder, die grob gegen die Wertevorstellungen der Gewerkschaft verstoßen, ausgeschlossen werden (vgl. Unionen 2011: §2.4 Satz 5). Während sich *Unionen* in Berufung auf ihre parteipolitische Neutralität zurückhaltend gegenüber der SD zeigt, hat sie sich in der Vergangenheit in Arbeitskämpfen sowie der Interessensvertretung der Mitgliederrechte äußerst konfliktbereit gezeigt. Beispielsweise hat *Unionen* harsche Kritik an der Krisenbearbeitung der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08 durch die Regierung geübt und mitunter mehr Plätze in den Bildungsangeboten der aktiven AMP eingefordert (vgl. EIRO 2009a). Außerdem hat sie sich äußerst klar gegen die dauerhaften Einführung von Kurzarbeit ausgesprochen und Lohnkürzungen befürchtet, während andere Gewerkschaften relativ rasch einen Kompromiss mit ArbeitgeberInnen und der Regierung eingegangen sind (vgl. EIRO 2009b; 2009c; 2010).

4.5 Framing-Prozesse

Die Gewerkschaft *Transport* betrachtet die SD als rassistische Partei, deren Parteiprogramm unvereinbar mit den Werten der Gewerkschaft selbst ist. Die Gewerkschaft betont die historische Nähe der Partei zu nationalsozialistischen Gruppierungen und die durchwegs rassistische Grundhaltung, wengleich sich die Parteipositionen über die Jahre hinweg in anderen Belangen wie Bildung und Wohlfahrt verändert haben. Gleichzeitig verweist sie auf historische Parallelen im Aufstieg früherer rechtsextremer Parteien und gewalttätige Zwischenfälle in den 1980er Jahren, die sich in Schweden gegen Gewerkschaften gerichtet haben (wie der Mord am Gewerkschaftler Björn Söderberg im Jahr 1999 durch drei Nationalsozialisten) (vgl. Transport 2013; Dahlander 2014). Dass die SD eine Trennlinie zwischen verschiedenen Menschen aufgrund ihrer Herkunft zieht, betrachtet *Transport* als widersprüchlich zur ihren Idealen. Sie kritisiert, „dass die SchwedendemokratInnen glauben, dass Bürgerrechte – und damit die Rechte am Arbeitsplatz – davon abhängen, ob man ‚schwedisch‘ ist oder nicht [eigene Übers.]“ (Transport 2013). In diesem Zusammenhang engagiert sich *Transport* ausgesprochen aktiv in der internationalen Arbeiterbewegung *International Transport Workers‘ Federation (ITF)* (vgl. Sahlström 2006).

Weiterhin versteht *Transport* die SD als strategischen und berechnenden Akteur, der Mitglieder der Gewerkschaften *Transport* gezielt abwerben möchte, was durch die sozioökonomische Entwicklung begünstigt wurde. Die verschärften Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, steigende Jobunsicherheit und Existenzängste seien von der SD instrumentalisiert worden, um mit einfachen Botschaften Sympathisanten zu rekrutieren. Der sozioökonomische Kontext hat damit laut *Transport* keinen direkten Einfluss auf die Positionierung der Gewerkschaft gehabt. Vielmehr habe die SD aber durch gezielt einfache Botschaften angesichts der zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit mehr Zuspruch finden können, auch innerhalb der Gewerkschaften (vgl. Dahlander 2014).

Die SD wird von *Transport* im Zuge des *diagnostic framing* als potentielle Bedrohung der Demokratie wahrgenommen und es wird ein Kausalzusammenhang zwischen der Einstellung gegenüber der SD und dem eigenen Image hergestellt. Der offizielle Ausschluss aktiver SD-PolitikerInnen aus der Gewerkschaft sei primär ein symbolischer Akt, der als geeignete Lösungsstrategie im Rahmen des *prognostic framing* gegen den Zerfall der Gewerkschaftssolidarität und Zielsetzung ausgemacht wurde. Es sei nicht darum gegangen – und wohl auch kaum möglich gewesen – die steigende Popularität der SD einzugrenzen, sondern vielmehr ein Zeichen zu setzen und einen deutlichen Unterscheid zwischen *Transport* und der SD aufzuzeigen. Im Anschluss daran ist es *Transport* gelungen, durch ein gezieltes *motivational framing* schon im Jahr 2005 in der Führungsebene der Gewerkschaft einen Entschluss herbeizuführen, der in den Folgejahren bekräftigt wurde, den politischen Handlungsspielraum der Gewerkschaftsmitglieder strukturiert und ein klares Deutungsmuster – zumindest in den offiziellen Dokumenten der Gewerkschaft – artikuliert. Die Wahrnehmung der SD hat sich laut Angaben von *Transport* mit dem Eintritt der SD in das schwedische Parlament nicht verändert. Es sei mittlerweile – verglichen zum Zeitpunkt der erstmaligen Beschlussfassung im Jahr 2005 – allerdings schwieriger, auf die rassistischen Fundamente der SD zu verweisen, weil die Partei ihr Parteiprogramm und die Rhetorik grundlegend reformiert hat (vgl. Dahlander 2014).

Unionen sieht hingegen grundsätzlich davon ab, eine Positionierung gegenüber der SD – so wie gegenüber jeder anderen Partei – vorzunehmen. Die offizielle Stellungnahme lautet, dass die Gewerkschaft politisch neutral handelt und daher keine politischen Parteien bewertet (vgl. Fahlberg 2014; Nicklagård 2014). Die Vorsitzende von *Unionen*, Cecilia Fahlberg bezeichnete den freiwilligen Rücktritt der umstrittenen SD-Politikerin Löwfenhamn im Juli 2014 zwar als eine „Erleichterung für viele [eigene Übers.]“ (Delin 2014), betonte aber zugleich, dass die parteipolitische Neutralität – wie auch die Meinungsfreiheit innerhalb der Gewerkschaft – das oberste Prinzip von *Unionen* bleiben sollte und sich nichts an der Grundsatzentscheidung gegenüber der SD ändern werde.

Grundsätzlich spricht sich *Unionen* dafür aus, sich für die Werte der Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und den gleichen Wert aller Menschen einzusetzen, wie es auch in der Gewerkschaftscharta verankert ist. Die Gewerkschaft beziehe damit zwar Position gegenüber politischer Fragen, die für Gewerkschaftsmitglieder von Belang sind, will aber keine parteipolitischen Positionen vertreten. Auch gewählte Ämter, gerade weil sie auf demokratischem Wege eingesetzt wurden, werden nicht nach parteipolitischen Erwägungen zugänglich gemacht. Fahlberg hält fest: „Die Vertrauenspersonen von *Unionen* werden direkt von den Mitgliedern gewählt. Es sind die Mitglieder, die darüber bestimmen, ob das Vertrauen in der nächsten Wahl erneuert wird [eigene Übers.]“ (Fahlberg 2014).

Die Frage, wie mit der SD umzugehen ist, wurde von außen an *Unionen* herangetragen. Nachdem andere Gewerkschaften sich klar gegen die SD positioniert hatten, kamen Journalisten auf *Unionen* zu und haben nach einer Stellungnahme gefragt (vgl. Nicklagård 2014). Darum ist davon auszugehen, dass der politische Erfolg der SD und auch die SD-Parteizugehörigkeit zunächst nicht innergewerkschaftlich als drängende Probleme wahrgenommen wurden. Und auch im weiteren Verlauf wurde keine tatsächliche Problemdefinition als *diagnostic framing* in Bezug auf die SD vorgenommen. Weil die Tatsache, SD-Mitglied und GewerkschaftsfunktionärIn zu sein, für *Unionen* grundsätzlich vor dem Hintergrund ihrer parteipolitischen Ungebundenheit unproblematisch erscheint, folgten auch keine weiteren aktiven Schritte der Strategiefindung und –artikulation (*prognostic* und *motivational framing*). Es handelt sich damit um eine Art *non-decision* (Bachrach/Baratz 1970).

4.6 Outcome: Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber der SD

Es kann festgehalten werden, dass beide Gewerkschaften vor dem Hintergrund des allmählichen Rückzugs des schwedischen Modells agieren. Zugleich betonen aber beide Gewerkschaften, dass die spezifischen ökonomischen und institutionellen Entwicklungsdynamiken keinen direkten Einfluss auf ihre Entscheidungen hatten. Diese Erkenntnis bestärkt den Zweifel an der Modernisierungsverlierer-These, wonach die Unterstützung von RRP-Parteien vorrangig durch die wirtschaftliche Lage der Akteure bestimmt ist. Gleichwohl hatten beide Gewerkschaften angesichts des schwedischen neokorporatistischen Arbeitsregimes die Möglichkeit, Politiken weitgehend ohne staatlichen Einfluss zu lancieren. Besonders in der Migrationspolitik haben Gewerkschaften in Schweden große Einflussmöglichkeiten, weswegen der überlegte Umgang mit einer fremdenfeindlichen Partei von großer Bedeutung für die Integration ausländischer Arbeitskräfte ist. Die Strategien anderer Akteure, wie die langjährige Distanzierung der etablierten Parteien sowie die Strategie der eigenen Dachverbände hat für die Gewerkschaften eine Orientierungsgröße geliefert, war aber kein ausschlaggebender Faktor für den eingeschlagenen Kurs.

Zugleich wurde gezeigt, dass sich die Gewerkschaften besonders hinsichtlich ihrer Identität und Organisationsformen unterscheiden, was ihrerseits unterschiedliche *Framing*-Prozesse herbeigeführt hat. *Transport* ist im sozialdemokratisch orientierten Dachverband LO organisiert, positioniert sich selbst politisch links und galt schon immer als äußerst konfliktbereit. Die Positionierung gegenüber der SD wurde von der Gewerkschaftsführung eingeleitet und proaktiv verfolgt, dabei wurde die SD explizit als Bedrohung der Demokratie eingestuft und auf deren rassistische Wurzeln verwiesen. *Transport* stellte im Gegensatz dazu die demokratischen Werte von Gleichheit und Toleranz der Gewerkschaft heraus und leitete daraus die Aufgabe der Gewerkschaft ab, diese Werte zu transportieren und sich von der SD abzugrenzen. Demgegenüber ist *Unionen* im Dachverband TCO organisiert, der um politische Neutralität bemüht ist. Die Frage nach einem möglichen Ausschluss der SD aus der Gewerkschaft wurde durch mediales Interesse von außen an *Unionen* herangetragen. *Unionen* hat dabei von Anfang an parteipolitische Neutralität bewahrt und sich nicht gegenüber der Partei, sondern höchstens über politische Sachthemen geäußert. Auch in der Vergangenheit hat *Unionen* zu keinem Zeitpunkt die parteipolitische Neutralität verletzt, zeigte sich aber dennoch in den Arbeitsbeziehungen konfliktfähig. Die Gewerkschaft erkennt ausdrücklich das Ergebnis der Reichstagswahlen und der gewerkschaftsinternen Wahlen an und begreift die SD damit als Teil der Demokratie. Beide Gewerkschaften haben sich gezielt mit ihren ideologischen Wurzeln auseinandergesetzt – der Nähe zur politischen Linken bei *Transport* und die entschiedene parteipolitische Neutralität bei *Unionen* – darum scheint die Diagnose der „ideologische Disorientierung“ (Pasture 1996) für beide Gewerkschaften fragwürdig.

Beide Gewerkschaften sind dem demokratischen Dilemma damit auf unterschiedliche Weise begegnet: *Transport* hat sich auf die Zielsetzung einer demokratischen Gesellschaftsordnung konzentriert und ist der SD im Sinne einer „streitbaren Demokratie“ (Jaschke 1991) entgegen getreten. *Unionen* hingegen argumentiert deontologisch und hält darum den Ausschluss von Mitgliedern anhand deren parteipolitischen Gesinnung per se für falsch. Vor dem Hintergrund der LRS ist es eine zentrale Frage, ob die Gewerkschaftsentscheidung in der Lage ist, das identifizierte Problem der Gewerkschaft zu bearbeiten. Es wurde deutlich, dass die Problemdefinition im *Framing*-Prozess eine Voraussetzung für eine Erneuerungsstrategie ist. Unabhängig davon, welche Ausprägung die Gewerkschaftsidentität hat, kann die Stärkung des kollektiven Zugehörigkeitsgefühls einer Mitgliederabwanderung vorbeugen (vgl. Lévesque et al. 2005). Eine starke gewerkschaftliche Organisation und die Ausbildung eines klaren ideologischen Profils kann die Etablierung von RRP-Parteien erschweren. Damit ist der Rückgriff auf normative Ressourcen für Gewerkschaften unabdingbar, um ihren Einfluss in Form organisatorischer und struktureller Macht aufrechtzuerhalten. Die Fähigkeit, kollektive Werte zu vermitteln und zu verstärken, ist damit ein entscheidendes Instrument für

die Gewerkschaftsrevitalisierung. Gleichzeitig ist die Identitätsbildung ein veränderbarer und indeterminierter Prozess. Die Wahrnehmung der Kontextbedingungen und Herausforderungen innerhalb der Einzelgewerkschaften ist nicht homogen und birgt Widersprüche und Spannungen, die grundsätzlich Spielraum für Wandel eröffnen (vgl. Hyman 2001: 223), wobei kollektive Identitäten unterschiedliche beständig sind (vgl. Lévesque/Murray 2013).

	<i>Transport</i>	<i>Unionen</i>
<i>Sozioökonomischer Wandel</i>	Privatisierung; steigender Anteil atypischer Beschäftigung; Globalisierung; steigende Anzahl ausländischer Arbeitskräfte;	
<i>Institutioneller Kontext industrieller Beziehungen</i>	Neo-korporatistisch; starke Position in Tarifverhandlungen und Migrationspolitik	
<i>Strategien von anderen Akteuren</i>	Sozialdemokratische Tradition LO	Politisch neutrale Tradition TCO
<i>Identität</i>	Konfliktiv; politisch links	Politisch neutral
<i>Framing- Prozess</i>	SD als Bedrohung der Demokratie	SD als Teil der Demokratie
<i>Problemwahrnehmung</i>	Aktiv	Passiv
<i>Positionierung</i>	Abgrenzung	Neutralität

Tab. 4: Übersicht über die empirischen Ergebnisse der Untersuchungsvariablen (eigene Darstellung)

5 Fazit und Ausblick

Im Rahmen der Arbeit wurde gezeigt, (1) wie die zwei untersuchten schwedischen Gewerkschaften *Transport* und *Unionen* auf die RRP-Partei SD reagiert haben und (2) durch welche Faktoren diese unterschiedlichen Reaktionen erklärt werden können. Hierfür wurden leitfadengestützte Experteninterviews und eine Dokumentenanalyse durchgeführt. Der intranationale Unterschied von Gewerkschaftshandeln gegenüber RRP-Parteien konnte vor allem auf die spezifischen *Framing*-Prozesse zurückgeführt werden, die mit der jeweiligen Gewerkschaftsidentität und vorigen Handlungsmustern korrespondieren und vor dem Hintergrund eines speziellen sozioökonomischen und institutionellen Settings stattfinden. Es wurde gezeigt, dass eine Fokussierung auf wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen unzureichend ist, um die Gewerkschaftsentscheidungen zu erklären; die identifizierten diskursiven Prozesse aber zugleich auch nicht in einem luftleeren Raum stattfinden, sondern auf materielle Umstände rückbezogen werden können.

Grundsätzlich liefern die generierten Ergebnisse einen interessanten Einblick in die Entscheidungsprozesse der Gewerkschaft in der Positionierung gegenüber einer RRP-Partei. Die eingesetzte Methode qualitativer Experteninterviews und einer Dokumentenanalyse war im Rahmen

dieser Arbeit gewinnbringend, doch lässt nur eine begrenzte Aussagekraft der Ergebnisse zu. Die Studie hat damit einen explizit explorativen Charakter, aufgrund der geringen Fallzahl kann kaum auf allgemeine Entwicklungstendenzen und andere Gewerkschaften, also die Klasse von Fällen, geschlossen werden. Darum scheinen daran anknüpfend weitere Fallstudien denkbar, die beispielsweise den Dachverband der AkademikerInnen (Saco) einbeziehen oder die Situation in Schweden mit anderen europäischen Ländern vergleichen. Darüber hinaus weist schon Hyman (1996) darauf hin, dass die Dokumentenanalyse von Gewerkschaftspublikationen und Pressemitteilungen auch nur begrenzte Einsicht in die ideologische Verortung der Gewerkschaft liefern können, weil unbedingt deren „proklamierte Ideologie von den realen handlungsleitenden Glaubensgrundsätzen und Prinzipien“ (ebd.: 7) getrennt werden muss. Auch wenn die tatsächlichen Überzeugungen per se für ForscherInnen schwierig zu erfassen sind, leistet die Arbeit einen wichtigen heuristischen Beitrag zur Einordnung der untersuchten Gewerkschaftsentscheidungen.

Angesichts der vor 2010 vergleichsweise geringen Popularität der SD in Schweden hatte Rydgren (2010: 60) noch gefolgert, dass die traditionellen Konfliktlinien, sogenannte *cleavages*, in Schweden nicht erodiert würden und die sozioökonomischen Konfliktlinien handlungsanleitend wären. Der zunehmende Erfolg der SD und das wachsende gesellschaftliche Unruhepotential bezüglich soziokultureller Problemstellungen (vgl. Schierup et al. 2014; Thörn 2013; Palme et al. 2009) deutet eine größere Bedeutung sozialer *cleavages* an. Die Überlegung, dass in Schweden sozioökonomische Auseinandersetzungen im Vergleich zu soziokulturellen Konflikten an Bedeutung verloren haben, scheint auch im Hinblick auf das etablierte institutionelle Gefüge der industriellen Beziehungen und die vergleichsweise geringe Erschütterung durch die europäische Finanzkrise 2007/08 plausibel. Denn gleichzeitig verschärfen sich in Schweden gesellschaftliche Auseinandersetzungen über Immigration und Integration, was die SD wiederum verstärkt aufgreift. Das bedeutet auch für die schwedischen Gewerkschaften eine große Herausforderung, nunmehr nicht nur zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu vermitteln, sondern auch innergewerkschaftliche Konflikte zu bearbeiten und sich verstärkt ideologisch zu verorten.

Interviews:

Dahlander, Gabriel (2014): Pressereferent der Gewerkschaft *Transport*. Interview durchgeführt von Corinna Hillebrand-Brem, am 03.12.2014, Anh. 2.

Nicklagård, Leif (2014): Verbandssektretär der Gewerkschaft *Unionen*. Interview durchgeführt von Corinna Hillebrand-Brem, am 05.12.2014, Anh. 3.

Literatur:

Anxo, Dominique (2013): From one crisis to another: the Swedish model in turbulent times revisited. In: Lehndorff, Steffen (Hg.): *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis*, Brüssel: ETUI, S. 27–40.

Baccaro, Lucio; Hamann, Kerstin; Turner, Lowell (2003): The Politics of Labour Movement Revitalization: The Need for a Revitalized Perspective. In: *European Journal of Industrial Relations* 9 (1), S. 119–133. DOI: 10.1177/0959680103009001455.

Bachrach, Peter; Baratz, Morton S. (1970): *Power and poverty. Theory and practice*. New York: Oxford University Press.

Bale, Tim (2003): Cinderella and her ugly sisters: the mainstream and extreme right in Europe's bipolarising party systems. In: *West European Politics* 26 (3), S. 67–90. DOI: 10.1080/01402380312331280598.

Bale, Tim; Green-Pedersen, Christoffer; Krouwel, André; Luther, Kurt Richard; Sitter, Nick (2010): If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe. In: *Political Studies* 58 (3), S. 410–426. DOI: 10.1111/j.1467-9248.2009.00783.x.

Bale, Tim; Hough, Dan; van Kessel, Stijn (2012): In or out of proportion? Labour and social democratic parties responses to the radical right. In: Rydgren, Jens (2012) (Hg.): *Class Politics and the Radical Right*, Oxon: Routledge.

Bauer, Werner T. (2010): Willkommen in der Normalität? Anmerkungen zum Wahlerfolg der rechten Schwedendemokraten: Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07502.pdf>, zuletzt geprüft am 12.01.2015.

Benford, Robert D. (1993): „You Could Be the Hundredth Monkey“: Collective Action Frames and Vocabularies of Motive within the Nuclear Disarmament Movement. In: *The Sociological Quarterly* 34 (2), S. 195–216. DOI: 10.2307/4120698.

Bengtsson, Erik (2013): Swedish trade unions and European Union migrant workers. In: *Journal of Industrial Relations* 55 (2), S. 174–189. DOI: 10.1177/0022185612473211.

Bergmann, Michael (2011): Best in Class: Public Finances in Sweden during the Financial Crisis. In: *PANOECONOMICUS* 4, S. 431–453.

Betz, Hans-Georg (2004): Exclusionary Populism in Western Europe in the 1990s and Beyond. A Threat to Democracy and Civil Rights? In: Identities, Conflict and Cohesion Programme Paper(9), United Nations Research Institute for Social Development. Online verfügbar unter [http://www.un-risd.org/80256B3C005BCCF9/%28httpAux-Pages%29/17BFB816DA5CEF8B80256B6D005787D8/\\$file/betz.pdf](http://www.un-risd.org/80256B3C005BCCF9/%28httpAux-Pages%29/17BFB816DA5CEF8B80256B6D005787D8/$file/betz.pdf), zuletzt geprüft am 12.01.2015.

Blatter, Joachim; Haverland, Markus (2012): *Designing case studies. Explanatory approaches in small-N research*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan (Research methods series).

Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hg.) (2009): *Experteninterviews. Theorie, Methoden, Anwendungsfelder*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Bohle, Dorothee (2006): Neogramscianismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 197–221.

Bolldorf, Heiko (2012): *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*. Hamburg: VSA.

Boomgaarden, Hajo G.; Vliegthart, Rens (2007): Explaining the rise of anti-immigrant parties: The role of news media content. In: *Electoral Studies* 26 (2), S. 404–417. DOI: 10.1016/j.electstud.2006.10.018.

- Brinkmann, Ulrich (2008): *Strategic unionism. Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cornfield, Daniel B.; McCammon, Holly J. (2003): *Labor revitalization. Global perspectives and new initiatives*. Amsterdam, London: JAI (Research in the sociology of work, v. 11).
- Crouch, Colin; Streeck, Wolfgang (1997): *Political economy of modern capitalism. Mapping convergence and diversity*. London, Thousand Oaks, Calif: Sage. Online verfügbar unter <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10392784>.
- Dahlström, C.; Esaiasson, P. (2011): The immigration issue and anti-immigrant party success in Sweden 1970-2006: A deviant case analysis. In: *Party Politics* 19 (2), S. 343–364. DOI: 10.1177/1354068811407600.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. 2. überarbeitete Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Decker, Frank (2006): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Denzin, Norman K. (1978): *The research act: A theoretical introduction to sociological methods*. New York: McGraw-Hill.
- Dörre, Klaus (2014): Strategic Unionism. Die Bedeutung von Streiks für gewerkschaftliche Erneuerung in Deutschland. In: Zeise; Fanny; Hoffmann Rabea (Hg.): *Erneuerung durch Streik – die eigene Stärke nutzen. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Online verfügbar unter http://www.bawue.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Materialien_ErneuerungDurchStreik.pdf#page=7, zuletzt geprüft am 07.01.2015.
- Dörre, Klaus; Schmalz, Stefan (2013): Einleitung. Comeback der Gewerkschaften? Eine machtsociologische Perspektive. In: Schmalz, Stefan; Dörre, Klaus (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt am Main; New York, NY: Campus, S. 13–39.
- Eatwell, Roger (2004): The new extreme right challenge. In: Eatwell, Roger; Mudde, Cas (Hg.): *Western democracies and the new extreme right challenge*. London, New York: Routledge (Routledge studies in extremism and democracy. Routledge research in extremism and democracy, 3), S. 1–16.
- Ekman, Mikael; Poohl, Daniel (2010): *Ut ur skuggan. En kritisk granskning av Sverigedemokraterna*. Stockholm: Natur & kultur.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- European Industrial Relations Observatory (EIRO) (2009a): *Government launches crisis package to tackle economic recession*, 14.01.2009, EIRO.
- (2009b), *Agreement on temporary layoffs reached in manufacturing*, 30.04.2009, EIRO.
- (2009c), *White-collar unions under pressure to sign agreement on temporary layoffs*, 15.06.2009, EIRO.
- (2010), *Social partners review temporary layoff agreements*, 18.01.2010, EIRO.
- Fairbrother, Peter; Yates, Charlotte A. B. (2003): *Trade unions in renewal. A comparative study*. London, New York: Continuum (Employment and work relations in context series).
- Flecker, Jörg (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung. In: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut: Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Opladen: Barbara Budrich, S. 79–102.
- Flick, Uwe (2007): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Frank, Denis (2009): De oauktoriserade migranterna i svensk byggnadssektor. En studie i deportationspolitik 1990-2004. In: *Sociologisk Forskning* 46 (2), S. 26–51.
- Frege, Carola M.; Kelly, John (2003): Union Revitalization Strategies in Comparative Perspective. In: *European Journal of Industrial Relations* 9 (1), S. 7–24. DOI: 10.1177/095968010391002.
- Frege, Carola M.; Kelly, John E. (2004): *Varieties of unionism. Strategies for union revitalization in a globalizing economy*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Gerring, John (2004): What is a case study and what is it good for?. In: *American Political Science Review* 98 (2), S. 341–354.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Goffman, Erving (1974): *Frame analysis. An essay on the organization of experience*. New York: Harper & Row.
- Gumbrell-McCormick, Rebecca; Hyman, Richard (2013): *Trade unions in Western Europe. Hard times, hard choices*. Oxford: Oxford University Press.
- Häggeström, Lars-Anders; Pelling, Lisa (2014): Ordning och reda i valrörelsen. En utvärdering av LO:s valprojekt inför valen 2014. Stockholm. Arena idé. Online verfügbar unter [http://www.lo.se/home/lo/res.nsf/vRes/lo_valanalys_2014_pdf/\\$File/Valanalys_2014.pdf](http://www.lo.se/home/lo/res.nsf/vRes/lo_valanalys_2014_pdf/$File/Valanalys_2014.pdf), zuletzt geprüft am 03.01.2015.
- Hamark, Jesper; Thörnqvist, Christer (2013): Docks and Defeat: The 1090 General Strike in Sweden and the Role of Port Labour. In: *Historical studies in industrial relations* (34), S. 1–27.
- Hellstrom, A.; Nilsson, T. (2010): 'We Are the Good Guys': Ideological positioning of the nationalist party Sverigedemokraterna in contemporary Swedish politics. In: *Ethnicities* 10 (1), S. 55–76. DOI: 10.1177/1468796809354214.
- Higgins, W. (1985): Political Unionism and the Corporatist Thesis. In: *Economic and Industrial Democracy* 6 (3), S. 349–381. DOI: 10.1177/0143831X8500600305.
- Higgins, Winton (1996): The Swedish Municipal Workers' Union A Study in the New Political Unionism. In: *Economic and Industrial Democracy* 17 (2), S. 167–197. DOI: 10.1177/0143831X96172002.
- Hillebrand-Brem, Corinna (2015): Schweden: Die Krise der anderen? In: Bieling, Hans-Jürgen; Buhr, Daniel (Hg.): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Frankfurt am Main: Campus, S. 109–135, i.E.
- Huke, Nikolai; Tietje, Olaf (2014): Zwischen Kooperation und Konfrontation. Machtressourcen und Strategien der spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT in der Eurokrise. In: *Industrielle Beziehungen* 21 (4), S. 371–389.
- Hyman, R. (2001): Trade Union Research and Cross-National Comparison. In: *European Journal of Industrial Relations* 7 (2), S. 203–232. DOI: 10.1177/095968010172006.
- Hyman, Richard (1996): Die Geometrie des Gewerkschaftsverhaltens. Eine vergleichende Analyse von Identitäten und Ideologien. In: *Industrielle Beziehungen* 3 (1), S. 5–35.
- Ignazi, Piero; Ysmal, Colette (1992): New and old extreme right parties. The French Front National and the Italian Movimento Sociale. In: *European Journal of Political Research* 22, S. 101–121.
- Jackman, Robert W.; Volpert, Karin (1996): Conditions Favouring Parties of the Extreme Right in Western Europe. In: *British Journal of Political Science* 26 (4), S. 501–521. DOI: 10.2307/194094.
- Jaschke, Hans-Gerd (1991): *Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit: Grundlagen, Praxis und Kritik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jochem, Sven (2010): Sweden Country Report. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.). *Managing the Crisis. A Comparative Assessment of Economic Governance*, Gütersloh.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2013): *Variations of the welfare state. Great Britain, Sweden, France and Germany between capitalism and socialism*, Heidelberg u.a.: Springer.
- Kiiskinen, Jenny; Saveljeff, Sigrid (2010): *Att dansa i otakt med väljarna. Socialdemokraternas och Moderaternas strategiska bemötande av Sverigedemokraterna*. Malmö u.a.: Internationell migration och etniska relationer, Malmö högskola (Linköping studies in arts and science, 516).
- Kitschelt, Herbert (2007): Growth and Persistence of the Radical Right in Postindustrial Democracies: Advances and Challenges in Comparative Research. In: *W. European Politics* 30 (5), S. 1176–1206. DOI: 10.1080/01402380701617563.
- Kjellberg, Anders (2008): Ett nytt fackligt landskap bland tjänstemännen: Unionen och Sveriges Ingenjörer. In: *TAM-Revy* (1). Online verfügbar unter <http://lup.lub.lu.se/luur/download?func=downloadFile&recordId=1144977&fileId=1144984>, zuletzt geprüft am 03.01.2015.
- Kjellberg, Anders (2013): *Union density and specialist/professional unions in Sweden, Studies in Social Policy, Industrial Relations, Working Life and Mobility*. Department of Sociology, Lund University. Studies in Social Policy, Industrial Relations, Working Life and Mobility, Research Reports (2). Online verfügbar unter <http://lup.lub.lu.se/luur/download?func=downloadFile&recordId=3912694&fileId=3912695>, zuletzt geprüft am 12.01.2015.

- Knocke, Wuokko (2000): Sweden. Insiders outside the Trade-Union-Mainstream. In: Penninx, Rinus; Roosblad, Judith (Hg.): *Trade unions, immigration, and immigrants in Europe, 1960-1993. A comparative study of the attitudes and actions of the trade unions in seven West European countries*. New York: Berghahn Books, S. 157–182.
- Kromrey, Helmut (1998): *Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung*. 3. Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Kochan, Thomas A.; Katz, Harry Charles; MacKersie, Robert B. (1986): *The transformation of American industrial relations*. New York: Basic Books.
- Krings, Torben (2009): A Race to the Bottom? Trade Unions, EU Enlargement and the Free Movement of Labour. In: *European Journal of Industrial Relations* 15 (1), S. 49–69. DOI: 10.1177/0959680108100165.
- Krippner, Greta R. (2011): *Capitalizing on crisis. The political origins of the rise of finance*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Landesorganisationen i Sverige (LO) (Hg.) (2014): Tidsbegränsat anställda arbetare efter sektor år 2014. Online verfügbar unter http://www.lo.se/start/lo_fakta/anstallningsform_tidsbegransat_anstallda_arbetare_efter_sektor_ar_2014, zuletzt geprüft am 04.01.2015.
- Levesque, C. (2005): Union Disaffection and Social Identity: Democracy as a Source of Union Revitalization. In: *Work and Occupations* 32 (4), S. 400–422. DOI: 10.1177/0730888405279077.
- Lévesque, Christian; Murray, Gregor (2013): Gewerkschaftsmacht verstehen: Ressourcen und Fähigkeiten zur Erneuerung gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: Schmalz, Stefan; Dörre, Klaus (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt am Main; New York, NY: Campus, S. 39–55.
- Lindholm, Johan; Larsson, Mats; Engström, Mats; Guteland, Jytte; Jansson, Per; Karlsson, Anders; Landgren, Mattias: Byggnads analys av valet 2010. Online verfügbar unter <http://www.byggnads.se/Documents/Material/Byggnads%20Valanalys%202010.pdf>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.
- Lindley, Charles (1977): *Svenska transportarbetareförbundet: historik. D. 1, 1897-1922*. Svenska Transportarbetareförbundet, Stockholm.
- Lodén, Anna-Lena; Wingborg, Mats (2009): *Slaget om svenskheten. Ta debatten med Sverigedemokraterna*. Stockholm: Premiss.
- Lodén, Anna-Lena; Wingborg, Mats (2011): Radikale rechtspopulistische Parteien in den Nordischen Ländern. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze. Friedrich-Ebert-Stiftung, Stockholm. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/08205.pdf>, zuletzt geprüft am 03.01.2015.
- Mann, Michael (1994): *Geschichte der Macht*, Bd. 1, Frankfurt am Main.: Campus, S. 13-63.
- Mayer, Horst O. (2012): *Interview und schriftliche Befragung – Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- McAdam, Doug; Tarrow, Sidney G.; Tilly, Charles (2001): *Dynamics of contention*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Meguid, Bonnie (2005): Competition Between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success. In: *American Political Science Review* 99 (03). DOI: 10.1017/S0003055405051701.
- Mény, Yves; Surel, Yves (2002): *Democracies and the populist challenge*. New York: Palgrave.
- Menz, Georg (2008): Managed Migration, Populism, and Pragmatism. In: Menz, Georg (Hg.): *The Political Economy of Managed Migration*. Oxford: Oxford University Press, S. 257–268.
- Mouffe, Chantal (2005): The „End of Politics“ and the Challenge of Right-wing Populism. In: Panizza, Francisco (Hg.): *Populism and the mirror of democracy*. London: Verso (Phronesis), S. 50–71.
- Mudde, Cas (1996): The war of words defining the extreme right party family. In: *West European Politics* 19 (2), S. 225–248. DOI: 10.1080/01402389608425132.
- Mudde, Cas (2010): The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy. In: *West European Politics* 33 (6), S. 1167–1186. DOI: 10.1080/01402382.2010.508901.
- Müller-Jentsch, Walther (2011): *Gewerkschaften und soziale Marktwirtschaft seit 1945*. Stuttgart: Reclam.
- OECD (2012): *OECD Economic Surveys: Sweden*, 02.05.2014. Online verfügbar unter http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/478320, zuletzt geprüft am 12.01.2015.

- Oesch, D. (2008): Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. In: *International Political Science Review* 29 (3), S. 349–373. DOI: 10.1177/0192512107088390.
- Oskarson, Maria; Demker, Marie (2013): Another kind of class voting: The working-class sympathy for Sweden Democrats. In: Rydgren, Jens (Hg.): *Class politics and the radical right*. London: Routledge (Routledge studies in extremism and democracy, 16), S. 173–189.
- Palme, Joakim u.a. (2009): Das Ende der Gleichheit? Der schwedische Wohlfahrtsstaat nach der Krise. In: *WSI-Mitteilungen*, 62 (1), S. 46–51.
- Pasture, Patrick (1996): Conclusion: Reflections on the fate of ideologies and trade unions. In: Pasture, Patrick; Verberckmoes, Johan; de Witte, Hans (Hg.): *The lost perspective? Trade unions between ideology and social action in the new Europe*. Aldershot: Avebury, S. 377–403.
- Penninx, Rinus; Roosblad, Judith (Hg.) (2000): *Trade unions, immigration, and immigrants in Europe, 1960-1993. A comparative study of the attitudes and actions of the trade unions in seven West European countries*. New York: Berghahn Books.
- Peterson, Christer (2011): Sweden: From Large Corporations towards a Knowledge-Intensive Economy. In: Hull Kristensen, Peer; Lilja, Kari (Hg.): *Nordic Capitalisms and Globalization*. Oxford: Oxford University Press, S. 183–219.
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. In: *American Political Science Review* 94(2). Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/2586011>, zuletzt geprüft am 12.01.2015.
- Polletta, Francesca; Jasper, James M. (2001): Collective Identity and Social Movements. In: *Annual Review of Sociology* 27 (1), S. 283–305. DOI: 10.1146/annurev.soc.27.1.283.
- Przeworski, Adam; Teune, Henry (1970): *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York u.a.: Wiley-Interscience.
- Quensel, Anna-Sofia; Poohl, Daniel (2011): Sverigedemokraterna i Kommunerna. En sammanställning av partiets motioner 1991-2011. Expo Research. Stockholm (Fokusrapport, 2). Online verfügbar unter http://expo.se/www/download/SD_i_kommunerna.pdf, zuletzt geprüft am 04.01.2015.
- Rose, Edgar (2010): Schweden: Musterland der Tarifautonomie. Zu den industriellen Beziehungen in Schweden - das Wichtigste in Kürze. Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar unter http://www.boeckler.de/pdf/mbf_ebr_schweden.pdf, zuletzt geprüft am 12.01.2015.
- Rucht, Dieter (1991) : Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, WZB Discussion Paper, No. FS III, S. 91-107
- Rydgren, Jens (2002): Radical Right Populism in Sweden: Still a Failure, But for How Long? In: *Scandinavian Political Studies* 25 (1), S. 27–56. DOI: 10.1111/1467-9477.00062.
- Rydgren, Jens (2006): *From tax populism to ethnic nationalism. Radical rights-wings populism in Sweden*. New York, N.Y., Oxford: Berghahn Books.
- Rydgren, Jens (2007): The Sociology of the Radical Right. In: *Annual Review of Sociology* 33 (1), S. 241–262. DOI: 10.1146/annurev.soc.33.040406.131752.
- Rydgren, Jens (2010): Radical Right-wing Populism in Denmark and Sweden: Explaining Party System Change and Stability. In: *S AIS Review* 30 (1), S. 57–71. DOI: 10.1353/sais.0.0070.
- Rydgren, Jens; Ruth, Patrick (2013): Contextual explanations of radical right-wing support in Sweden: socioeconomic marginalization, group threat, and the halo effect. In: *Ethnic and Racial Studies* 36 (4), S. 711–728. DOI: 10.1080/01419870.2011.623786.
- Sahlström, Olle (2006): *Förbund i frontlinje. Om Svenska transportarbetareförbundets internationella organisering*. Stockholm: Premiss.
- Sannerstedt, Anders (2008): De okända väljarna – en analys av de skånska väljare som röstade på icke riksdagspartier 2006. In: Nilsson Lennart; Antoni, Rudolf (Hg.): *Medborgarna, regionen och flernivådemokratin. Skåne 2006*. Göteborg: SOM-institutet, S. 49-70.
- Sannerstedt, Anders (2014): Sverigedemokraternas Sympatisörer. In: Bergström, Annika; Oscarsson, Henrik (Hg.): *Mittfåra och marginal*. Bohus: Ale Tryckteam (SOM- rapport Nr. 61), S. 445–460.

- Saveljeff, Sigrid (2011): New questions and new answers. Strategies towards parties with a radical right-wing populist profile. Malmö: IMER, Malmö University (Current themes in IMER research, 11). Online verfügbar unter <http://dspace.mah.se/bitstream/handle/2043/11763/currentthemes11.pdf?sequence=2&isAllowed=y>, zuletzt geprüft am 12.01.2015.
- Schierup, Carl-Ulrik; Ålund, Aleksandra; Kings, Lisa (2014): Reading the Stockholm riots – a moment for social justice? In: *Race & Class*, 55 (3), S. 1–21.
- Schmalz, Stefan; Dörre, Klaus (Hg.) (2013): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt am Main; New York, NY: Campus.
- Schmalz, Stefan; Dörre, Klaus (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: *Industrielle Beziehungen*, 21, S. 217–237, DOI: 10.1688/IndB-2014-03-Schmalz.
- Schnyder, Gerhard (2012): Like a phoenix from the ashes? Reassessing the transformation of the Swedish political economy since the 1970s. In: *Journal of European Public Policy*, 19 (8), S. 1126–1145.
- Schulten, Thorsten (2001): Solidarische Lohnpolitik in Europa: Ansätze und Perspektiven einer Europäisierung gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (Hg.). Düsseldorf (WSI-Diskussionspapier 92). Online verfügbar unter http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/23425/ssoar-2001-schulten-solidarische_lohnpolitik_in_europa.pdf?sequence=1, zuletzt geprüft am 12.01.2015.
- Snow, David A.; Benford, Robert D. (1992): Master Frames and Cycles of Protest. In: Morris, Aldon D.; McClurg Mueller, Carol (Hg.): *Frontiers in social movement theory*. New Haven, Conn: Yale University Press, S. 133–155.
- Steinmo, Sven (2003): Bucking the trend? The welfare state and the global economy: the Swedish case up close. In: *New political economy*, 8 (1), S. 31–48.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*; Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012. Berlin: Suhrkamp.
- Sverigedemokraterna (2003): Sverigedemokraternas principprogram. Antaget av Riksrådsmötet den 4 Maj 2003. Online verfügbar unter http://www.sdarkivet.se/files/program/program_2003.pdf, zuletzt geprüft am 11.01.2015.
- Sverigedemokraterna (2013): Partistadgar. Sverigedemokraternas partistadgar 2013. Online verfügbar unter <http://sverigedemokraterna.se/wp-content/uploads/2014/01/Sverigedemokraterna-Stadgar-2013.pdf>, zuletzt geprüft am 11.01.2015.
- Sverigedemokraterna (2014): Vi väljer Valfärd. Sverigedemokratiskt valmanifest - valet 2014. Online verfügbar unter <http://sverigedemokraterna.se/wp-content/uploads/2014/08/Valmanifest.pdf>, zuletzt geprüft am 04.01.2015.
- TCO (2011): TCOs Stadgar. Stockholm. Online verfügbar unter http://www.tco.se/Documents/K2011_Stadgar_w.pdf, zuletzt geprüft am 03.01.2015.
- Thörn, Catharina (2013): Der Aufstand in Stockholm und der Mythos der schwedischen Sozialdemokratie. In: *Sozial.Geschichte online*, H. 11, S. 48–58. Online verfügbar unter http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-33848/04_Thoern.pdf, zuletzt geprüft am 12.01.2015.
- Thörnquist, Annette; Engstrand, Åsa-Karin (2011): Precarious Employment in Perspective. In: Thörnquist, Annette; Engstrand, Åsa-Karin (Hg.): *Precarious employment in perspective. Old and new challenges to working conditions in Sweden*. Bruxelles, New York: P.I.E. Peter Lang (Work & society, no. 70), S. 11–21.
- Towns, Anne (2002): Paradoxes of (In)Equality: Something is Rotten in the Gender Equal State of Sweden. In: *Cooperation and Conflict* 37 (2), S. 157–179. DOI: 10.1177/0010836702037002975.
- Transportarbetareförbundet (Transport) (2012): Transport visar vägen. Stadgar för svenska arbetareförbundet. Stockholm. Online verfügbar unter www.transport.se/Global/Centrala_sidor/Om_Transport/Transports_stadgar_från_2008.pdf, zuletzt geprüft am 07.01.2015.
- Transportarbetareförbundet (Transport) (2013): Så tycker vi ... om Sverigedemokraterna. Varför utesluter Transport aktiva Sverigedemokrater? 12 frågor och svarar. Online verfügbar unter <http://www.transport.se/transport-tycker1/om-sverigedemokraterna/>, zuletzt geprüft am 11.01.2015.
- Tsarouhas, Dimitris (2011): Frame Extension, Trade Union Identities, and Wage Politics: Evidence from Sweden. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 18 (3), S. 419–440. DOI: 10.1093/sp/jxr017.

- Unionen (2011): Stadgar. Antagna på Unionens kongress 2011. Online verfügbar unter http://www.unionen.se/sites/default/files/stadgar_antagna_2011.pdf, zuletzt geprüft am 03.01.2015.
- Unionen (2014): Lönenivåhöjning för områden som omfattas av egen löneinsamling 2001-2013. Online verfügbar unter http://www.unionen.se/sites/default/files/loneutveckling_2001-2013_.pdf, zuletzt geprüft am 04.01.2015.
- Upchurch, Martin; Taylor, Graham; Mathers, Andy (2008): *The crisis of social democratic trade unionism in Western Europe. Prospects for alternatives*. Aldershot: Ashgate (Contemporary employment relations series).
- van Spanje, J. (2010): Contagious Parties: Anti-Immigration Parties and Their Impact on Other Parties' Immigration Stances in Contemporary Western Europe. In: *Party Politics* 16 (5), S. 563–586. DOI: 10.1177/1354068809346002.
- Westerlund, Uno (2011): *En glansfull framtid. Ur TCO:s historia 1944-2010*. Stockholm: Premiss.
- Westle, Bettina (Hg.) (2009): *Methoden der Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos (Studienkurs Politikwissenschaft).

Zeitungartikel und Pressemitteilungen:

- Andersson, Monica (2014): Unionen Dalarna: Löfvenhamn avgår. In: [unionen.se](http://www.unionen.se), 26.06.2014. Online verfügbar unter <http://www.unionen.se/om-unionen/aktuellt/unionen-dalarna-lofvenhamn-avgar>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.
- Arpi, Ivar (2014): Alltid fel att porta partier från facket. In: Svenska Dagbladet (SVD), 14.07.2014. Online verfügbar unter http://www.svd.se/opinion/ledarsidan/s-och-sd-ar-lika-som-bar-vad-galler-reglerna-for-arbetskraftsinvandring_3747852.svd, zuletzt geprüft am 16.12.2014.
- Birgersson, Susna (2014): SD och LO: Facken agerar som åsiktspolis. In: Dagens Nyheter (DN), 15.07.2014. Online verfügbar unter www.dn.se/ledare/signerat/sd-och-lo-facken-agerar-som-asiktspolis/, zuletzt geprüft am 16.12.2014.
- Delin, Mikael (2014): Vartannat förbund stoppar SD-politiker. In: Dagens Nyheter (DN), 14.07.2014. Online verfügbar unter <http://www.dn.se/nyheter/sverige/vartannat-forbund-stoppar-sd-politiker/>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.
- Fahlberg, Cecilia (2014): Allas lika värde grunden för Unionen. In: [Unionen.se](http://www.unionen.se), 26.02.2014. Online verfügbar unter <http://www.unionen.se/om-unionen/aktuellt/unionens-forbundsordforande-cecilia-fahlberg-allas-lika-varde-grunden-unionen>, zuletzt geprüft am 15.12.2014.
- Hallstedt, Niklas (2014): Fackklubb kräver tydlighet i SD-frågan. In: Kollega, 26.09.2014. Online verfügbar unter <http://www.kollega.se/fackklubb-kraver-tydlighet-i-sd-fragan>, zuletzt geprüft am 15.12.2014.
- Kihlström, Staffan (2014): Även Löfven kallar SD nyfascistiskt. In: Dagens Nyheter (DN), 06.12.2014. Online verfügbar unter <http://www.dn.se/val/nyval-2015/aven-lofven-kallar-sd-nyfascistiskt/>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.
- Leander, Peter (2014a): Stor SD-konflikt inom Unionen. In: Dagens Arena, 23.04.2014. Online verfügbar unter <http://www.dagensarena.se/innehall/stor-sd-konflikt-inom-unionen/>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.
- Leander, Peter (2014b): Förtroendevald SD-kvinna sprider lögner – Unionen vill inte kommentera. In: Dagens Arena, 25.06.2014. Online verfügbar unter <http://www.dagensarena.se/innehall/fortroendevald-sd-kvinna-sprider-logner-unionen-vill-inte-kommentera/>, zuletzt geprüft am 12.12. 2014.
- Lindkvist, Jan (2013): Starkt stöd för SD bland Transports medlemmar. In: Transport arbetaren, 20.11.2013. Online verfügbar unter <http://www.transport.se/Transportarbetaren/Start/Nyheter1/Starkt-stod-for-SD-bland-LOs-medlemmar/>, zuletzt geprüft am 04.01.2015.

- Lund, Sandra (2014): Unionen lägger locket på om Sverigedemokraterna. In: Kollega, 15.04.2014. Online verfügbar unter <http://www.kollega.se/unionen-lagger-locket-pa-om-sverigedemokraterna>, zuletzt geprüft am 15.12.14.
- Malmgren, Kim (2014): „Drömde“ om körkort för somalier. In: Expressen, 26.06.2014. Online verfügbar unter <http://www.expressen.se/nyheter/dromde-om-korkort-for-somalier--petas/>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.
- Mattmar, Ulf (2012): Facket utslöt SD-förtroendevald. In: svt.se, 25.03.2014. Online verfügbar unter <http://www.svt.se/nyheter/sverige/facket-utslot-sd-fortroendevald>, zuletzt geprüft am 16.12.2014.
- Nilsson, Mårten Martos (2013): Transportare och byggare stöder SD. In: Arbete, 20.11.2013. Online verfügbar unter <http://arbetet.se/2013/11/20/transportare-och-byggare-stoder-sd/>, zuletzt geprüft am 15.12.2014.
- Petersen, Åsa (2014): Unionen måste välja – rasisterna eller de rasifierade? In: Dagens Arena, 25.06.2014. Online verfügbar unter <http://www.dagensarena.se/opinion/unionen-maste-valja-rasisterna-eller-de-rasifierade/>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.
- Rennstam, Ola (2014): Så röstade tjänstemännen. In: Kollega, 15.09.2014. Online verfügbar unter <http://www.kollega.se/sa-rostade-tjanstemannen>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.

Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Interviewleitfaden.....	41
Anhang 2: Transkript des Interviews mit Gabriel Dahlander	42
Anhang 3: Transkript des Interviews mit Leif Nicklagård	48

Anhang 1: Interviewleitfaden

1. Decision-making process

- a. Please summarize the union's position towards the SD.
- b. Please describe the decision-making process.
 - i. How has the issue been raised? A particular person? A particular incident?
 - ii. Have there been different positions within the unions? Which positions?
 - iii. Why have others than the chosen alternative been dropped?
 - iv. How was the relationship between the rank and file and the leadership? Top-down or bottom-up-process?
 - v. How long did the process take?
- c. What was the main goal that was intended to be achieved by the decision?

2. Social and economic context

- a. Did the social and economic change during the last years have an impact on the position towards SD? (percentage of atypical employment; foreign workers; ...)
- b. Did political parties have an impact on the union's decision? (either directly via lobbying or indirectly via their articulated position)
- c. Did employer associations have an impact on the union's decision?
- d. Did the confederations have an impact on the union's decision?
- e. ... other political groups/movements?
- f. Do you think that the specific institutional context (e.g. Ghent-System) has an impact on the union's position towards SD? Does it differ from other unions?

3. Union structures and perceptions

- a. How would you describe the union's identity? (e.g. homogenous/ heterogeneous/ constant over the years/ prone to change/ based on ... /)
- b. What are the union's most important values and aims?
- c. Do you think the union's decision is in line with former union strategies?
- d. How do you perceive the SD?
 - i. As a threat or natural part of democracy?
 - ii. As a competitor for members?
- e. Did the union's former position towards the SD change, when SD entered parliament in 2010?
- f. What makes it difficult for unions to decide how to deal with the SD?

Anhang 2: Transkript des Interviews mit Gabriel Dahlander

Telefoninterview mit Gabriel Dahlander [E], Pressereferent *Transportarbetareförbundet*

Corinna Hillebrand-Brem [I]

03.12.2014

10:00-10.45 Uhr

[I]: Please summarize the position of the union towards the Sweden Democrats.

[E]: Well basically, ähm, like in the paper that I sent you, äh, basically, well our union's position is, that it is not possible to be a member, to be a member of the Transport if you are also an active member in the SD. That means not voting, but that means that you are an active, participating member in the SD. I mean, that you either have a position or are eligible to be elected äh, city council or in the *Riksdag* or whatever. And .. that goes back to .. 2007, something like that. And that basically came from the way our statutes are. It says pretty clearly, what we expect from our members, democratic values, yeah, antiracism, things like that.

[I]: Yeah, I also read the statutes, that seems clear to me.

[E]: And also, if you read, the.. the political program of the SD, it is actually said in number 2, about man, about mankind or whatever, it says pretty clearly, or somewhat clearly. It was way clearer two years ago, but they keep changing the political program like.. every other year. To make it a little bit more ambiguous. But it's still fairly clear that, and they also say, they difference themselves from all the other parties in the Swedish parliament in how they look at the constitution of man. Like, .. they literally say that it is because, the *way you are*, is because, where you're from, or it's your genes, you have an inherited .. way of being. That is not, that is just not who you are but where you're from, and who your parents were basically. And that is pretty much the reason, that for us, makes pretty clear that it ... is a racist party. We are not saying, *all* everybody votes for them are racist, but the party is .. fundamentals, .. base .. pretty much.

[I]: So the ideological position truly differs?

[E]: Exactly, exactly. It's, it's, .. a big issue. And I think everybody that actually takes the time to study their party program would come to the same conclusion. Unfortunately not a lot people take that time.

[I]: I think it is also the same in the first sentence, which says, which only refers to Swedish people.

[E]: Exactly. It.. If you like ... it goes really [...] goes back in two years and read the party programs from, yes. Five years ago, 10 years ago. Then it [...] of Apartheid. But here, like said, they keep changing them every two years to make it a little more ambiguous, to make it a little more harder to point the finger at them. And ... ja. That is what it is.

[I]: Thanks for that answer. Maybe we move on to the second question. How has the issue been raised?

[E]: Actually, I was not around in, let's see... was 2007, was also on the website, that i sent you. It was pretty fair, when it came to like the history of all. Because in Sweden at that time in, yeah 2005, sorry, in Sweden at that time, there had been a big concern with the rise of the far right. There had been kind of, not that active, not like in the 80ies, but in the late 90ies, there was a big, they were on the move, the far right, for sure. And äh, also with, with some extreme acts of violence against journalism, against union members, stuff like that. But, basically, that .. when the .. sorry, some of

these words are, I don't know what they mean, it is kind of hard to translate, but well, let's look that up. .. Yes. To make the decision, like I said. Being an active member was not, could not be combined with the statute of our union. And like I said, back in 2005 that was nor a hard, .. a hard to motivate. Like just take a look at the party's statute, at the party's program. But over time .. it had been, like I said, they keep changing the program. The party itself changes, like all the time. And *they* expel more members from their party than any other party because.. the problem is.. people that are.. how can i say ... that are to outspoken with their racism and not skilled with hiding it enough. So after all, long story short. It started in 2007, when äh, the Transport union broadened its share to decision. And we had two congresses then. 2007 and 2011, which been up for ... äh, not really to state, but the ... both the congresses voted to keep the same line. With a big majority. I think there was almost 100%-majority or maybe 1 or 2 votes against. But, ... so was basically, was huge ... majority, I believe maybe it was 1 or two against, the whole congress voted to keep the line and to keep äh, suspending...

[I]: So it was pretty much consensus. That will be also probably the answer to the next question, because ... there haven't been any different positions?

[E]: Ja, ja. Basically, within in our union: no. Not really. It has been always 1 or 2 people that raised the question that the maybe it is better to have stance towards other unions, like they can be members, but they can not be active members and you know, some unions did not do it, they do it in different ways. And the question was raised, it was raised in congress. But like I said, when it came down to the vote it was pretty much 1 or 2 against and 300-something voted for.

[I]: Okay, I see. Yes, maybe the other question why these alternative have been dropped is also done by that. So ... the next question would be, whether .. it is also probably answered by that because if it was consensus ... it was not like, the basis against the ähm.. leadership of the unions, but just everyone supported that decision?

[E]: Ok, you mean, if there was a difference, between, like if our members have ... different opinions. Well, yeah. Obviously this is a big controversial. This question is not easy. The congress all voted for it. And most people ... are ... that are active in the union, so in the local chapters of the union are pretty clear in this issue. Like it was in the union like that, it was not a big issue. But obviously, we have a lot of responsibility to also explain to our members why we pick that stance, and also educate our members, ... in what .. or what that comes from. We take a lot of steps like that. But that's something we always have to keep in mind, that just because *we* know why we are doing it or *we* know what's true or why we are doing it, yea. we have arguments... [...] that does not mean it is still a huge issue, [...] ... around our members. And that is something, we [...] actually remind yourself of, especially we .. äh sit [...] we are trying to get out as much as we can, and need members. But for obvious reasons we don't do that all the time; but try to keep in touch with our local chapters as much as possible, so they can offer some... like what they... watch the mood out in the membership. And also we social media a lot .. to keep in touch with ... members and would-be-members and keep educate them and keep explaining basically why, why we do what we do.

[I]: Ähm, ja. I read that about 16 % of also Transport-members said, that they vote for SD. So isn't there a conflict within the union or do they try to persuade the union board to allow active SD members again to be members?

[E]: Can you say that again?

[I]: Ja, I read that also 16 % of Transport-members would vote for SD. So I guess there is also a conflict within the union.

[E]: Oh ja, for sure. Like I said, like it's a delicate question. And it is a difficult one as well. And we are also really trying to make it really clear, that there is difference, there is a *big* difference between voting at a party and being active member and... and ... like, taking time and actually work for that

party, and ... [...] actually. You know, works for the politics. So, if you are voting for something or not, that is not, that has never been an issue. Like, that is one of the most fundamental democratic freedom. But .. when you, when you pick step to be an active member for a party or actually sitting in city chair, city council or ... even the parliament, for the party that is a big difference. So, for sure. As I said, that is a controversial issue [...]

[I]: Okay, but *they* never tried to influence the union's position?

[E]: Not, not in the way, like actually... rising positions or .. motives to congress or something like that. Those people are usually not those ones that are active in the union. They might be union members. But they are rarely active members. Sometimes [...] but it's the exception.

[I]: Okay, thanks for that. I think the next question might be, [...] so what was the main goal that should be achieved? Like the ... was it rather a symbolic goal, or ...?

[E]: Ja! It was not really like, the goal, that we think that we could stop the SD from growing or anything like that. But for us it was important stance to make, it was an important decision to make, just to mark, just to really mark the difference, between, what is äh, ... to point out basically, that they are a racist party. We know where they come from. We now what they stand for and it is a huge difference between what the union is. The union is all about helping someone, or to care, based on what your work is, what your profession is ... and that has nothing to do where you come from. And, ... that is such an important fundamental thing. So that was basically, it was never, ... it was never, yeah I guess it was something if you look at the facts ... and you also keep in mind that the Transport union has always been, has a history of being, little more confrontational, little bit louder than most other unions, when it comes to obviously äh, relationship with employers but also in political manners. So it was also in a way a tradition of the union to take a clear stance and not be afraid of the consequences of taking that stance. It's in the culture of the union in a way. But that also comes into play, for example, other unions have a culture of ... of not taking clear stance, not maybe being so - i don't know "aggressive" may be the wrong word - but not being so confrontational. And they might, ... because of that jump into.. maybe other decision in the matter.

[I]: Ja, the other union that I am going to examine will be Unionen. And, ähm, they stress their political neutrality, for example. So I see that.

[E]: Ja, like in Sweden, it is a big difference between white-collar working unions and blue-collar working unions. Like unions within TCO or SACO. Or LO - which is, which is the blue-collar union, and, as, when it comes to how confrontational you can be and also how clear it is, where you're political allegiance lies, like how political are the unions. Like, with the LO unions it's very clear. Like the social democratic party was started by the unions, like the unions came first and they started the social democratic party and obviously they had a big impact. That a bit less than 100 years. Where on the other hand, the white-collar unions have always tried to have a non-political äh, bias. ...

[I]: Okay, yeah, I think we might talk about that also within the second block, but that shows, that important things have been raised. So, I would also start with the first question here, which is, whether you think that the social and economic change had - to some extent - an impact on the position towards the SD, for example the percentage of atypical employment. I don't know how big it is, in your union, ... among your members?

[E]: Yeah, it is fairly big and it is in different workgroups. And yeah, it is big and it is on the rise for sure. And, it is not as bad as in other businesses, like in the restaurant, or whatever, but it ... is very much an issue, for sure. And of course, foreign workers, actually when it comes to road transport, it is of course a big issue. And, it is, I don't know whether it has a big impact on the union's position towards SD, but it has a huge impact on the growth of the SD in the unions. When people feel insecurity, if they feel threatened by, by ... by anything, they tend to get scared and look

for easy answers. And that's where the SD come in. It's not the first time in history that that has happened. So, our answer to SD problem is, when you put it like that, is; just to target what you're mentioning, difficult, like atypical employment and also use to keep the standards and the collective agreements and make them apply for all. And not have the Swedish model challenged by the way they're acting over the last years. But, and also, ... they have in many ways targeted, like they are smart, they know what they are doing, they targeted our members, and they develop their politics. From being, from the beginning, I don't know 5 years ago, pretty straight forward anti-union, they wanted to change a lot of laws, ... job security, but they changed all that. To targeted specifically *man*, but basically people that are in blue-collar work, so like, LO-members. In that way, because they can, they pick up, that there is a bigger ... like job insecurity is on the rise and people feel less secure basically in the job market, and that is something they pick up on. So socio-economic change during the last years has definitely affected the SD-situation, but not so much perhaps our union's position towards them. That was pretty clear from the beginning.

[I]: Okay. Ja, the next question would be, whether any other political parties had an impact on the union's decision.

[E]: Not really, not, that was a decision taken by the union. And I am not aware of any, any, direct or indirect lobbying to persuade us in either direction.

[I]: Ja, i thought so, too. But I wanted to be sure about that. Same with the next questions, whether employer associations, because usually they have an impact on union's strategies, but in this case, I guess it's less important?

[E]: Ja, no, no. We don't discuss that kind of matter with the employer associations, so not really.

[I]: But maybe the next point is something more interesting as you already mentioned the confederations, that they might have an impact on the .. somehow the identity of the unions?

[E]: Yeah, exactly. It is not like, it... there have not been any meeting like "please do like this, do like that". It is really clear that these kinds of decisions are up to each and every union. It's not, never been a discussion ... in the end, it is always up to the unions and not to the confederation. But, äh, like I said, all unions have their different culture and different history and different ways of dealing with matters like these. Some are more confrontational and some are less confrontational.

[I]: Ok, but there has been no common strategy?

[E]: No, not really, it's always a subtle discussion. And when it comes to for example, last year was the discussion, how should we deal with äh, with advertising in the union, in the membership magazines, membership papers. And that is always something that is being discussed, how do you think, how are we thinking. But in the end it is always up to the unions.

[I]: Okay, I think the next one would be if the specific institutional context has an impact, between our union and *Unionen* for example. Whether maybe also regarding the strength of the economy or the economic position differs somehow, because one maybe does not want to risk a strong institutional position and the other way round.

[E]: Ja, we ... [...] well, not really. When it comes to position, it may. Like also what we have been talking earlier, about the social and economic context. I am not really, I don't really know what the Ghent-system is, to be honest, so I ... but to be more broad, when it comes to the political context of the last years. If anything that made, our Transport-union decision harder, perhaps, because, our members are very much affected by these .. changes with more job insecurity, bigger tax against the collective bargaining agreements and so on ... and so forth. So, that means, that SD have kind of, have really targeted our members. Because they know, they are scared of their jobs, they are scared of the business going out. Though, that way, it has been harder for us, to maintain that

position. Like, as you said, I don't know, whether 16% are correct or not, let's say this number, it is a fairly high number that votes for SD. It makes it more important for us to keep, to be really clear with our position and also explain why we have that position. But it did not really matter, like ... like to take our position, but it makes it harder to maintain the decision. And it ... when it comes to [...] and explaining.

[I]: Ja, with the Ghent-system it's meant, that the unemployment insurance is ja ... task of the union. So maybe one can raise the question whether ähm, you exclude active SD from your option of unemployment insurance.

[E]: Ah, okay, you mean like that. Well, ... yeah well, [...] it has been, it is a controversial issue for sure, it is not like, like they are free to start their own unions - which they did. It did not work out that well, I think they closed down. I guess, I think they had like 200 members. Running a union was not as easy as they thought it would be. But, ya, like I say, it is controversial. But it takes a lot of strength and energy and keep explaining it and to keep educating.

[I]: Yeah, thanks. Then I think we can move on to the third part, which is a broad insight in structures and perceptions and maybe just an attempt to make it clear now, to once more.. because you mentioned it several times, for example the union's identity. But if you could just ähm, summarize it once more ...

[E]: Yeah, sure. Ähm, it's a male dominated union. ...that's because of ... the groups that we organize. Security personal, which have a lot, which have [...] and road transport, dock workers, being dominated most placed, but besides things like that, I think, when it come, when you look at the percentage of women in the membership and you look at percentage of women in some like high-ranking within the union, they are better represented in the union than if you look at the percentage of the membership... if that makes sense. Äh, other than that, like I was saying earlier, the union's identity has, and has always been, sort of confrontational and has not been afraid of being outspoken and that is kind of something to be proud of as well. It is kind of like, the load guy in the back of the classroom - in a way, you know what I mean, like making... not afraid to speak up. We like to think of ourselves, that we have to be ... like the political, äh, in the political forefront within the LO and then the LO can push ... the social democrats in that directions. We are to the left within the LO, and LO should be to the left for the social democrats. You know, push the politics in that way. And that means, since we are not one of the biggest unions, we might need to speak a little bit louder. And that is a part of the culture. And I have been ... as far as I know, ... have ... this kind of things go way back. It also have to do, witch which kind of groups you organize. Dock workers for example, historically have been really well organized, really outspoken, loud, ...

[I]: Okay, and ... äh, yeah the next questions refers maybe to some general unions aims, but also where you would put your focus on: Which are the most important values and aims?

[E]: Basically, it is the same, as it should be for any unions, ... protect their members position in the job market, yeah and it's good, collective bargaining agreements is possible, and ... you know, things like that. And that works politically as well, is to make sure, that the members and all, everybody who works for a salary, within our field ... as good as possible pretty much. Good work environment, good pay, and also that we protect the Swedish model and that the Swedish model works for everyone in Sweden. That is the huge issue, maybe the biggest issue right now. That ... the Swedish model is under attack and it is so important that even though the European Union, it should apply, the ... should apply for everyone that is working in Sweden, because otherwise ... it is really hard to ... to uphold the system.

[I]: I think we can skip one question and move on to a general statement: How do you perceive the SD. Because it is often discussed whether it is a threat or a natural part of democracy. And I also raised that question whether you receive it as a competition, but you also mentioned that.

[E]: Yeah, yeah. Äh, ... I'd say, it is a threat for sure. Because, we know that this kind of political movements can take an ugly turn really quick. It does not really require much. When ... could it be economic recession, I would say, in a way, they have... the parties, .. the common [...] that focusses on one specific issue, that is a big concern to the populist. Maybe that is a natural part of democracy, perhaps, but that does not means that it is a threat. That is the kind of double-edged sort of democracy. That parties like this could rise fairly quickly. And they are, also, maybe not a threat to democracy right now, but like we all know, what happens, when these kind of political movements grow fast and grow big. So yeah, maybe a bit of both. And, when it comes to competition for members, as I said, *Löntagarna*, they closed shop just like a few months ago, like I said, it is harder to run a union than they thought i would be. Yeah, so that was not like a big issue for us, like a bit of attention, but we never heard anything from them or about them, basically. Like there was, one opinion article in the newspaper once, where we had to respond, write something about, but all beside that, we did not see any dropping members or a lot of members leaving us for them. Like I said, I think they got 200 members, they closed after 2 years or even 1 year, that is nothing.

[I]: Okay, also question e is already answered as you said that your position did not really change, only it was more difficult to pinpoint at the problems of the SD.

[E]: Ja, the position did not change, but since the SD tries to change, or at least at paper tries to change it is harder in a way, to , to point out, why we are doing that [...] still see, the fundamentals of the party haven't really rendered, ... but yeah, that has not really to do when they entered parliament, it has more to do with how they changed their party and how they changed their party program.

[I]: Okay, then, we are almost at the end of my questions. If you could just, like, summarize now, what do you think, what makes it most difficult for unions to decide how to deal with the SD.

[E]: It is a controversial issue, and makes a lot of people angry, like, if you take a stance like Transport union has, you have to expect a lot of heat for that, a lot of angry members, lot of mostly non-members and lot of attention basically. We get that all the time ... if one member is suspended, most people get it, most people around me get it, hate e-mails and ... threats, phone calls, you know, stuff like that, on the more personal level as well. And like I said, white-collar unions are ... less, like ... open, where they stand, when it comes to politics and they haven't really answered that strong... ideological ... like feel for being ... or what a union is. So that also, if you compare us with *Unionen* for example, they have a total different tradition when it comes to the ideology of being a union. So that makes .. I think it is a combination of both. So .. it also comes down to individuals in the end. It is the individual that takes the first decision. It was for us, in the 2005, in the board of the union, and it is like 20 people at that time. And if someone feels really strong for that issue he will affect others, if someone doesn't he might come to a different conclusion. That also ... that's always by individuals as wells. And like I said. Different cultures, different unions, have a ..history of feeling with these matters in different ways. It's also said that Transporters unions banned communist members, I think it was in die 50ies. So it is not the first time that the union does something ... and for the same reasons as well, that thy did not comply with the statutes when it came to view on democracy and stuff like that. So this.. to.. take into consideration as well.

Anhang 3: Transkript des Interviews mit Leif Nicklagård

Telefoninterview mit Leif Nicklagård [E], Verbandssekretär *Unionen*

Corinna Hillebrand-Brem [I]

05.12.2014

14:00-14.45 Uhr

[E]: I hope I don't disappoint you, because there is [...] well we don't have an opinion about Sweden Democrats as a political party, but we will see [...]

[I]: [...] Okay, so, could you just please summarize then the union's position towards the SD, or as you already said, maybe not them as a political party, but ...

[E]: Yes, that is why I told you before, maybe you are going to be very disappointed now. Because we don't have a position towards the SD. Because we don't what you call [...] maybe is the word, is not the opinions of political parties. I mean we have, of course, we have some opinions in specific issues but äh, but if a party, political party has a different opinion on this issue, of course, we ... we criticize them for that and want them to take another position of how they see the issues, but ... but we don't revue just the political parties. Because we .. Unionen is a political independent. So if we do that, if we make .. a revue on the political party, we just, .. then we have to take part in one or the other way in the political party and we won't do that. Because any member in our union can be ... member in any political party as they want.

[I]: But that is interesting indeed, because I talked to Transport union before and they have a totally different attitude.

[E]: Yes, that's right. Of course, yes. That's right. Because they belong to LO. And the confederation of LO, and that confederation just started äh social democratic parties, so there is a part of it and they sitting in ... the board in social democratic parties. So they can act in another way, but we not. Because we belong to TCO.

[I]: But however the question has been raised, like there has been a debate about, I think it was about the woman in Dalarna, Löfwenhamn, Miss Löfwenhamn, in 2014, where the debate has been raised, whether also Unionen should consider excluding her or other SD members. How did that start? If you could just tell me something about that issue.

[E]: Yes, of course. But the question started with one union walked out and said: "We disagree with the SD" and the newspapers asked us, if we do the same and we say "no, we don't". So we told them the same as I said to you, we are political independent, so we can't do that. And, so we have different standings there. And of course, there was some ... discussions about that we have .. one of the, äh ... what would you call that ... the woman who works in the union for us in Dalarna. Of course they asked us, if that is possible. And we say, ya, of course, it is possible, because in our union the .. member is the one who ... vote of who they represent them, and we don't go .. into that democratic process and say: you can't that. Because if we do that we were going to be not democratic for ourselves.

[I]: Yeah, that's a dilemma indeed. So, äh, have there, within the union been different opinions about that?

[E]: if.. again please.

[I]: If there have been different opinions about that in the union, so between members, ...

[E]: In our union? [I: Ja.] Äh, no. In this ... maybe first. Maybe when we started to discuss that, it was easy to say, of course we can't have a Sweden Democrat in the Unionen, but when we started to talk about it, we said, no. If we are taking .. this way to handle this, we are not democratic to ourselves. Because if we said, you can't stand there on your position, we will say to ... that every member has done wrong election. I mean we have free elections in our union. And if we say, you can vote for everyone, but you can't vote for him, or he or she or you can't vote for them, then we are not democratic ... unions. Because everyone has equal rights to be ... a representer in the union.

[I]: And the union board did also not try to influence the basis to some extend?

[E]: No. Because if we had done this, we are not democratic. We stand for everyone is equal and everyone has same rights if you are a member in our union, then you have same right. We can't ask, which party you are in and so on. Because we don't register anyone, who ... what they believe in. We can't do that.

[I]: Okay. Could you also summarize the incidents about ... I think Mrs Löwfenhamn stepped back then afterwards. Or what happened the discussion has been raised?

[E]: What happens after she had left the position?

[I]: There have been discussions about excluding her or not. And then she left voluntarily? Did she?

[E]: Yes, she left voluntarily, yes. And of course, she was very ... I think it was very important ... it was good for us to take that decision. Because then we had to explain for everyone that we are a union who stands for human ... neutrality. And we, we think it's very important to fight for... human rights and everything like that. And of course it started us to talk more about ... who we want to represent us in the board and everywhere. So ... when we launched to discuss who is going to be representative, next representative, we said that, .. it is important about talking about our values. So that has been good for us.

[I]: Ok, so. Started a discussion about aims and trade union values?

[E]: Ya, that's right. That's right.

[I]: Ähm, so was the main that should be achieved by the decision, or the non-decision rather, not-excluding her but taking clear stance towards democracy and as you already said?

[E]: Yes. It was ... very important for us to explain for everyone that we are a non-political party but we stand up for the human rights and everyone is equal and we stand up for democracy. It was very important for us to explain that. So they don't think that we defend the SD. Because that was not the issue.

[I]: But not being a party political union in that member.

[E]: Ya, that's right.

[I]: Ähm, and are there at the moment other SDs in elected offices in the union, do you now that?

[E]: If there is any SD in our union now? I don't know. Because we don't ... we don't register our members. So I haven't think about it.

[I]: Okay, thanks for that. Maybe that was all about the first block of questions now. You see, we are moving quite fast, so ... [...] So talking about the social and economic context whether you think, some changes within the last years had an impact on the unions position somehow?

[E]: Actually not. Because we are not taking a stance against SD. We stand for human equality. Äh, if.. and that's important. Because if we only, if we only take away from a party like SD, we would neglect the issue. It's ... I mean, the issue is more than that. Then you just can go out and say we

don't like them. It's more important, it's important that we stand for human equality.

[I]: Yes, I think Transport argued that the party program of SD is not congruent with the union's values and I think that was their ...

[E]: But I told you - I don't know who you have been talking to in Transport - but äh, I talked to them and I said: How can you manage this? I mean you have to register everyone. Because if you want to ... treat every member in an equal form, you, you ... then you have to ask how they vote. I mean it's impossible. [...] Of course, it's a dilemma ... but .. but you have to do that. Because if you don't, you just point at a few members and say: You don't think as we do, you don't think as we do. We don't look .. we don't want to do that in our union. Because then you intervene in the human rights.

[I]: Okay. The next question I think ... I don't really suppose it had an impact, but: other political parties, whether they tried either directly or indirectly lobby any position?

[E]: No. Because of what I have told you before. Of course, it's the opposite. We hope that we have an impact on the political parties, and policies and decisions. They do. But ... they don't have that, no. Because we are independent.

[I]: And I guess also not employer associations tried to influence ... [...] Ähm, but the next thing is kind of interesting, like comparing LO and TCO, has there been a common strategy of TCO or rather also the position of being politically neutral?

[E]: TCO was neutral, they have the same .. every union in the TCO is politically independent. So, there we are very different from LO. But ... in one way, if you look at the questions that ... I would say we are part of the confederation, they don't decide over us. We *are* the confederation, together with every other unions. So you can't say that TCO decide over us, because we decide, what TCO is going to stand for. Because we are a member of TCO. And we are a very big member of TCO. We are almost 50 % of the votes, we .. only Unionen. So of course, they don't us, we control the confederation. But in this issue, we have the same opinion in this issue, ... so what we stand for in this ... we have a great paper together and said ok, we stand behind this, all of the unions in TCO.

[I]: Ah, okay, what is the paper called?

[E]: I don't know, but .. we took it from... it is more than 4 years old now. Because we talked about it, when SD should came into parliament for the first time.

[I]: Did something change there, when they came into parliament? Did you think you have to look at the situation differently at that time?

[E]: No, I don't think so. I mean, we took ... we read it again and said, oh it's the same ... we don't review the political party, we ... are against that forces that don't like human rights and so on but we don't review the political party.

[I]: Okay, but there have been some meetings and discussion within the confederations and then there was a paper, but that necessarily does not mean that the unions also have to decide like that paper suggests?

[E]: No, because every union do as ... what they want. I mean, TCO can't decide what we are going to do for ourselves because the confederation is ... just a confederation, I think it's 14 unions. And we talked together and try to form our political issues together and if we said, we stand for that, we do that but if we not agree to each other, we are free to do as we want.

[I]: I think, looking at the poll from Dagens Nyheter, there was that famous newspaper article, where they asked them, that also showed, [...] like TCO was not consensus whether allowing or not allowing SD members being in official positions. So there have also been unions within the TCO,

that ..

[E]: Oh yes, yes. That's right, that's right. We have a long discussion about that also in TCO. Because .. if you talk about Vision, the union for the Kommunerna, it's ... that they have the position. Yes. And also ST, I think, they have members in the government and the parliaments and so on, they have ... an other way to solve this problem. But we don't agree we them and we say, ok, we are not .. we don't agree in everything, we won't [...] we watched it and said ok: This is, what we can agree with. But they have another opinion, that's right.

[I]: Why do you think, they are ... acting the other way?

[E]: I think they ... they wanted to be really clear to everyone that they don't accept anyone who don't agree with human rights, but ... I think they should ... äh, think a little bit deeper, because if say so, then you don't ... I mean, we have a right to everyone should organize themselves in trade unions and if you say so: No, no. But not you and you and you, that would be a dilemma. But I don't know, why they have that opinion, no, I don't.

[I]: Okay. Maybe also, that is the next questions, whether you think that the specific institutional context, like for example the Ghent system, that unemployment insurance is connected to union membership, also causes that democratic dilemma of .. when you exclude people from the union you also exclude them from your unemployment insurance.

[E]: Yes. Of course. And that is a big issue, of course. I mean, if you stand for democratic principals and every human is equal and it is very important for you, then you have to take all in. I mean, you can't say, you are not welcome here. Because ... you have that opinion. That is not, what you can do. But if you have that opinion and act like what you say in the name of Unionen, in our trade union. That is not okay for us. Then you have stepped over a line, who's not .. good enough. I mean, if you step over that line and act like what your opinion is, when you are in ... Unionen. As a representative for instance and so on, then we say: No, no, that is not okay. Because in our constitution we say, you have to share this opinions with us.

[I]: I think, also in your statutes, like the aims in you unions statutes, also stresses political neutrality different than Transport for example.

[E]: Yes, I think so. We are different with them. But .. I would say, that it is a little bit easier for them, because they belong to LO, and LO ... not belongs to, but social democrat, but they have ... more connection there. I mean, social democrats was started from LO. LO ... was the confederation that started social democrats in 18...

[I]: Do you also think, it has something to do with the people you organize, like Transport has rather blue-collar workers, whereas you have white-collar workers?

[E]: No, I don't think so. No, I don't think so. Because, ... no.

[I]: Ya, I think we can already go on to the third part. And that's about basically about the union identity and how you perceive your environment. So that is really something you can barely find in newspapers or something like that, so if you just could describe, how you would describe the union's identity in your own words?

[E]: Ähm ... I think, you can say that we are a union, that is a member driven union. And ... that we constantly .. are changing in our .. union. Because the ... working life is changing all the time. Of course we have to change, what we think and what we do every time. But there is something we don't change and that is .. our basic platform. I mean, ... and the platform that it is member driven. It's based on solidarity and values that protect basic democratic principles in society and respect for equality and diversity and ... people are equal. And that's kind of platform, we don't ever ... change ever. Because that stands in our constitution that this is not what we can change, because, that is what our union is ... based on.

[I]: Did you observe somehow in the last years that your unions has been more .. heterogeneous, has become ... more different, like more different members and groups, due to economic changes? Because the union is so big ..

[E]: Yes, maybe.. I mean, we are very, very big. So we organize the white-collar in every private sector now .. So of course, there should be a difference of members there and it changed all the time, I think. Äh, because ... some of them are in new branches, [...] I don't know whether you know what we're talking about now, new industries and when that start, we have to start again, what do we think about that. Take call centers for instance, for ... 15, 20 years ago, we don't know what a call center was. But now we have a call center and these members change all the time, because they ... their environment, their working places change, ...

[I]: Yeah, the union as it is now, is a combination of two former unions, isn't that right, was formed in 2008?

[E]: Yes, that's rights.

[I]: So, have those unions been, .. before different and now merged into one identity or can you still feel that it is made out of two unions basically?

[E]: I think, we are stronger now. I mean, before we merged, we fight against other, because we organized in the same working places. And now, ... we don't have to do that, we can concentrate and get focused on what we have to do to create better working places. So, I would say ... we are stronger now. Äh .. and yes. I mean, from we started 2008, we were 480.000 members I think approximately and now we are over 600.000. So ... it was a success.

[I]: Okay, let me see, what is fitting now. Because some of them have already been answered. Maybe the question, whether you would now say that the union's decision like not taking a tough stance against any political party is line with your former union strategy?

[E]: Hm Yes. If you mean, by this decision, if you mean with decision, how we relate to SD. Yes, ... because we have ... always maintained that we are politically independent and stand for equal conditions. So ... so that would say, we have the same opinion in this questions as we had 10, 20 years ago.

[I]: Okay, and now moving on to a more general question, not ... not like the relationship between the union and the SD but just how you perceive the SD towards democracy. Do you think, they are rather a threat or a natural party of democracy or ...?

[E]: Well ... we as I said, we are not reviewing political parties, but ... we of course we are worried about forces in the society who not stands for that all people are equal. I mean I listen to the news, 2 days ago, that they can show us, what's happening in France, what's happening in Netherlands, what happens in Denmark, what happens in Norway. So of course, we are very worried about these forces who are going through Europe now. Of course we are.

[I]: Okay, and if you think about ... what do you think makes it difficult especially for unions to deal with the SD ...

[E]: Well... if you think about unions in general. I think you can see a conflict, what I have told you before. I can see a conflict ... on one hand safeguard democracy, where everyone has the right to organize in trade unions while ... you have to hand that that stands behind the union's values. And if you don't do that ... what should we do? I mean, if you have to register someone, if you have to say to someone: No, you're not welcome here. Then you are ... the ... then you have a problem in the democracy. So that is a dilemma. I think, that is difficult for the unions to decide what to do with the SD. So if you have that ... take that opinion that of course no one is welcome here if they are member in SD. Okay, then ... in next time you say, you ... trade union who stands for democracy and who stands for .. everyone has right to organize. No, no. What should we do? Which one is

the most important, and how can you know that everyone is a Sverigedemokrat? You can't register them. Because if you do that, you are not a democracy union.

[I]: Okay, so you don't have any polls about how many people would vote for SD in your union, have you?

[E]: [...] No. No, we don't have that. No, we don't know. I mean, I think, there was some analysis how many from LO and how many from TCO ... vote for each party. And I think, you can say ... as ... as Sweden vote, that was the same way as the TCO vote. But ... I don't think we have this .. in ... I don't think we have statistics about that. But we used to say that, when we tried to find out, who are our members. Then we can find out that, well, it stands ... pretty well how Sweden, how the Swedish people vote in general. So we also said to the political parties, talk to us, because how our members vote, so vote the Swedish people.

[I]: Okay, I think the Sweden Democrats have been in former years also known to be anti-union. Has this been discussed in the union? But they changed that to a certain extent within the last years, didn't they?

[E]: Ähm, if I understand what you ... yes, I think, they tried to start their own trade union, is that what you asked for?

[I]: Äh, okay, we can also talk about that.

[E]: Yes, okay, I didn't understand you. Yes, but that's right. They started their own trade union. But I don't know if they have any members.

[I]: I thought, they closed shops and had only 200 members. But so it was not a big issue for you as a competition for you?

[E]: No .. Because I think, it was workers in the harbor or something like that.

[I]: Okay, my first question was, whether the SD was known anti-union party that wanted to diminish the impact of unions some years ago. But now they have changed, at least that's what some people say. Has that been discussed in the union?

[E]: No, we don't ... I mean, we think, the most important thing ... that SD is talking about how should we handle the people that came to us from ... war zones and everything. And I mean, that is the same. They think ... they have the same opinion about human equality.

Plagiatserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln angefertigt habe und dass ich alle Stellen, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken oder dem Internet entnommen sind, durch Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht habe. Mir ist bewusst, dass Plagiate als Täuschungsversuch gewertet werden und im Wiederholungsfall zum Verlust der Prüfungsbe-
rechtigung führen können.

Ort, Datum

Unterschrift